

Berlin-Brandenburg-BUS 2002

Politische Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern

Richard Stöss
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Innestr. 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-52023, Fax (030) 838-54960
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm>

Inhaltsverzeichnis

Angaben zum Berlin-Brandenburg-BUS 2002	3
Gewerkschaften - ein Spiegelbild der Gesellschaft? Problemstellung und Untersuchungsziele	4
Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftshaushalte	8
Vertrauen in Gewerkschaften - Interessenvertretung durch Gewerkschaften	10
Wertorientierungen.....	15
Allgemeine politische Einstellungen	19
Links-Rechts-Selbsteinstufung	19
Traditionalistischer Sozialismus.....	21
Gemäßigter Sozialismus	23
Frauendiskriminierung.....	23
Rechtsextremismus.....	23
Zur Schnittmenge von Rechtsextremismus und traditionalistischem Sozialismus	27
Unzufriedenheit	28
Unzufriedenheit mit der Demokratie	29
Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung	30
Wirtschaftlicher Zukunftspessimismus	30
Relative Deprivation	31
Bilanz	31
Zusammenfassung und Diskussion der Untersuchungsergebnisse	32
Skalen und Indizes.....	37
Anhang: Grafiken und Tabellen	41

Angaben zum Berlin-Brandenburg-BUS 2002

Projektleiter:	Prof. Dr. Oskar Niedermayer, PD Dr. Richard Stöss
Finanzierung:	Deutsche Paul Lazarfeld-Gesellschaft
Datenerhebung:	Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen (forsa) (Telefonbefragung)
Befragungszeitraum:	19.3.-3.5.2002
Stichprobe:	Disproportionale Stichprobe der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren in der Region Berlin-Brandenburg; Je ein Viertel der Befragten leben in Berlin-Ost, in Berlin-West, im Engeren Verflechtungsraum und im Äußeren Entwicklungsraum Brandenburgs (siehe unten). Befragte insgesamt: 1995 (darunter 1906 Wahlberechtigte). Angaben über die Region insgesamt, über Berlin und Brandenburg sind entsprechend dem tatsächlichen Anteil der vier Untersuchungsgebiete gewichtet.
Analyse:	PD Dr. Richard Stöss; Abschluss des Manuskripts: Ende Juli 2002

Grundlage der Analyse bildet der Datensatz mit 1906 Wahlberechtigten. Alle Angaben beziehen sich also auf Wahlberechtigte.

Zu den Untersuchungsgebieten:

In der Umfrage werden beide Länder nach speziellen Gebieten aufgeteilt: Für **Berlin** unterscheiden wir zwischen dem **Ostteil** und dem **Westteil** der Stadt. Für Brandenburg unterscheiden wir zwischen dem **"Engeren Verflechtungsraum" (EVR)** und dem **"Äußeren Entwicklungsraum" (ÄER)**. Dabei handelt es sich um raumordnerische Einteilungen des "Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramms Berlin/Brandenburg". Der EVR vereinigt die Berlin-nahen Gemeinden Brandenburgs. Er ist räumlich umfassender als der so genannte "Speckgürtel", womit zumeist nur die Teile Brandenburgs innerhalb des Autobahnringes um Berlin gemeint sind. Der ÄER umfasst folglich die übrigen, Berlin-fernen Teile Brandenburgs, in denen rund zwei Drittel der Einwohner des Landes leben.

Zur Gestaltung der Tabellen:

Soweit wie möglich wurden die Tabellen so gestaltet, dass sich die Werte in den Spalten auf 100 Prozent addieren (= **Spaltenprozent**). In diesem Fall werden die Werte **zeilenweise miteinander verglichen**. Teilweise musste aus Layoutgründen eine "Drehung" vorgenommen werden. Dann addieren sich die Werte in den Zeilen auf 100 Prozent (= **Zeilenprozent**), und die Werte müssen **spaltenweise miteinander verglichen** werden. In den Tabellenköpfen ist entweder "Spaltenprozent" oder "Zeilenprozent" angegeben.

Manche Tabellen enthalten nur Werte für bestimmte Ausprägungen einer Variable. Wenn beispielsweise nur die Befragungsergebnisse für die Ausprägungen "ja" und "nein", nicht aber für die ebenfalls existierende Ausprägung "teils-teils" in einer Tabelle aufgeführt sind, können sich die Werte für "ja" und "nein" nicht auf 100 addieren. Es gibt also weder Spalten- noch Zeilenprozent. Diese Tabellen sind im Prinzip so gestaltet, dass die Werte spaltenweise miteinander verglichen werden. Da dieses Tabellenformat zumeist darauf zielt, bestimmte Ausprägungen von zwei oder sogar mehreren Variablen miteinander zu vergleichen, können die Werte **nicht nur spaltenweise, sondern auch zeilenweise miteinander verglichen** werden, je nach Erkenntnisinteresse. In diesem Fall ist in den Tabellenköpfen weder "Spaltenprozent" noch "Zeilenprozent", sondern nur "%" vermerkt.

Gewerkschaften - ein Spiegelbild der Gesellschaft? Problemstellung und Untersuchungsziele

Gewerkschaften sind ihrem Anspruch nach **Interessenorganisationen und Wertegemeinschaften** mit allgemeinpolitischem Anspruch. Der DGB versteht sich *auch* als "Reformbewegung", dessen Handeln durch "Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz"¹ geprägt ist. Dass Interessenvertretung und allgemeinpolitischer Reformanspruch in Widerspruch geraten können und oft auch geraten, ist bekannt und soll hier nicht weiter vertieft werden. Aufschlussreicher erscheint derzeit eine Betrachtung der Mikroebene: Was denken die Gewerkschaftsmitglieder?

Im Zusammenhang mit der Debatte über Rechtsextremismus und Gewerkschaften wurde von einer DGB-Kommission festgestellt, dass die Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder die politische Mehrheitskultur widerspiegeln². Das war insofern überraschend, als diese gewissermaßen amtlich verkündete **"Spiegelbildthese"** dem eigenen Selbstverständnis widerspricht, *auch* Wertegemeinschaft zu sein. Danach wäre es sehr unwahrscheinlich und auch gar nicht wünschenswert, dass Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer politischen Einstellungen und Wertorientierungen ein getreues Abbild der Bevölkerung darstellen. Vielmehr wäre zu erwarten, dass Gewerkschaften spezifische Werte vermitteln bzw. anziehen, andere dagegen abstoßen.

Andererseits sind Gewerkschaften eben auch Interessenorganisationen³. Und als solche müssen sie die Befindlichkeit ihrer Basis abbilden. Häufig wird ihnen sogar vorgeworfen, sie hätten sich dem sozialen und ökonomischen Wandel nicht hinreichend angepasst und daher an Attraktivität für junge Leute und für Arbeitnehmer in den modernen Wirtschaftszweigen verloren. Heute würden Gewerkschaften vor

1 Zitate aus dem DGB-Grundsatzprogramm vom November 1996.

2 Deutscher Gewerkschaftsbund – Bundesvorstand, Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, Berlin, Mai 2000, S. 32 f.- Vgl. dazu: Richard Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin, April 2001.

3 Die Image-Kampagne des DGB stellt den "Nutzwert" der Gewerkschaften sogar besonders heraus. Vgl. Gabriele v. Camen: "... und was ist, wenn es eines Tages keine Gewerkschaften mehr gibt?" Zur Image-Kampagne des DGB, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51. Jg. (2000), H. 2, S. 269.

allem an der Effizienz ihrer Leistungen gemessen und nicht mehr an Werten, wie Solidarität⁴.

So richtig es ist, Gewerkschaften (auch) an der Effizienz ihrer Leistungen zu messen, so wenig überzeugend ist es, Leistungen auf materielle Dinge zu reduzieren und die Realisierung von Werterwartungen aus dem Leistungskatalog auszuklammern. Die Aufgabe besteht vielmehr darin, beides miteinander zu verbinden. Mit Blick auf die Mikroebene wäre die Annahme gewiss wenig realistisch, dass sich die Mentalität der Gewerkschaftsmitglieder grundsätzlich von der der übrigen Bevölkerung unterscheidet. Als gesellschaftliche Teilkultur könnten die Gewerkschaften ihre Doppelfunktion auch kaum erfüllen.

Daraus folgt aber keineswegs, dass Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen. Vielmehr wäre von der Mitgliederschaft einer Freiwilligenorganisation, die sich als Reformbewegung versteht, zu erwarten, dass sie besonders solche Werte verkörpert, die dem Selbstverständnis ihrer Organisation entsprechen, dass sie im Großen und Ganzen den allgemeinpolitischen Anspruch ihrer Organisation teilt, den gesellschaftlich-politischen Status quo kritisch beobachtet und Reformen unterstützt.

Unter analytischen Gesichtspunkten kann die Spiegelbildthese durchaus nützlich sein, nämlich als Nullpunkt einer Messlatte, mit der Abweichungen vom "Normalzustand" ermittelt werden. Diese Abweichungen könnten als Indikatoren dafür herangezogen werden, inwieweit Gewerkschaftsmitglieder die besonderen gesellschaftspolitischen Anliegen ihrer Organisation verkörpern.

Die Frage, ob Gewerkschaften ein Spiegelbild der Gesellschaft sind, kann hier nicht umfassend behandelt werden. Der Anspruch der folgenden Analysen beschränkt sich darauf, einen kleinen Beitrag dazu auf der Grundlage des Berlin-Brandenburg-BUS 2002 zu liefern. **Im Kern geht es darum, grundlegende politische Einstellungen und Wertorientierungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in einem Teil der Bundesrepublik zu vergleichen und nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zu suchen.** Die Suche konzentriert sich auf Einstellungen, die sich auf die politische Gestaltung und auf die Zufriedenheit mit der gesellschaftlich-politischen Ordnung beziehen. Dabei ist von Interesse, ob Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer politischen Auffassungen überhaupt eine Einheit

4 Vgl. dazu zusammenfassend: Jörg Bogumil/Josef Schmid: Politik in Organisationen. Organisationstheoretische Ansätze und praxisbezogene Anwendungsbeispiele, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 170 ff.

bilden oder ob sie so heterogen sind, dass die Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern analytisch unsinnig ist.

Damit sind wir bei einem wichtigen Messproblem angelangt: Welche Variablen sind maßgeblich für die Ermittlung der Einstellungsunterschieds zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern? Wie groß muss der Unterschied sein, damit die Spiegelbildthese zurückgewiesen werden kann? Welche Maßzahlen bilden die Grundlage für die Messung?

Da von der Beantwortung dieser Fragen das Messergebnis abhängt und weil sich in der Forschung keinerlei Vorbilder für derartige Untersuchungen finden, verzichten wir hier auf willkürliche Setzungen⁵ und beschränken uns darauf, vorhandene Differenzen mitzuteilen und den Leserinnen und Lesern die Bewertung zu überlassen. Allerdings werden wir unsere persönliche Meinung im Rahmen einer abschließenden Bilanzierung der empirischen Befunde nicht verheimlichen.

Erkenntnisleitend für diese Untersuchung ist zwar die Spiegelbildthese, aber es werden auch einige weitere Probleme behandelt, die für die Gewerkschaften in der Region von Bedeutung sind:

Gewerkschaftsmitglieder stellen eine Teilmenge der Bevölkerung dar und sind formal durch den Besitz eines Mitgliedsausweises definiert. Über die Zufriedenheit der Mitglieder und über den Rückhalt der Gewerkschaften in der Gesellschaft sagt der Organisationsgrad wenig aus. **Daher werden die Befragten auch danach unterschieden, wie sie die Gewerkschaften beurteilen.** Unorganisierte, die den Gewerkschaften nahe stehen und ihnen ein gutes Zeugnis ausstellen, könnten beispielsweise als potenzielle Mitglieder oder als aktive Mitstreiter für Projekte oder Aktionen gezielt angesprochen werden. Daher stellen die Größe dieses Potenzials und seine Beschaffenheit wichtige Informationen für das strategische Handeln der Gewerkschaften dar.

5 An anderer Stelle haben wir uns von folgender Überlegung leiten lassen: Um Abweichungen vom Normalfall zu messen, muss der Normalfall definiert und folglich festgelegt werden, was exakt mit der Spiegelbildthese gemeint ist. Handelt es sich um eine detailgenaue Widerspiegelung, um eine Identität im Sinne von "eins zu eins" oder um eine ungefähre Übereinstimmung? Wenn man vernünftigerweise letzteres annimmt, dann stellt sich die Folgefrage nach den zulässigen Toleranzen. Denn jedes Beobachtungsobjekt, das sich nicht innerhalb der Toleranzmarge befindet, stellt eine Abweichung vom Normalfall dar. Ob die Spiegelbildthese zutrifft, hängt also davon ab, wie die zulässige Schwankungsbreite definiert wird. Wir haben sie damals auf +/- 20 Prozent fixiert. Vgl. Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus (Anm. 2), S. 25 ff.

Während im Bundesgebiet Gewerkschaftsmitglieder regelmäßig befragt werden, liegen für die Region Berlin-Brandenburg keine derartigen Studien vor. Daher schien es sinnvoll, auch **sozialstrukturelle Analysen** hinsichtlich des gewerkschaftlichen Organisationsgrads durchzuführen, zumal sich die Spiegelbildthese auch auf die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung und der Gewerkschaftsmitglieder bezieht.

Die Untersuchungsergebnisse werden in einem Textteil dargestellt und kommentiert und im Anhang ausführlich dokumentiert. **Die eilige Leserschaft sei auf die Zusammenfassung (S. 32 ff.) verwiesen.**

Die Untersuchung erstreckt sich auf folgende Bereiche:

- ▶ Mitglieder und Organisationsgrad der Gewerkschaften in der Region,
- ▶ Beurteilung der Gewerkschaften,
- ▶ Wertorientierungen,
- ▶ allgemeine politische Einstellungen,
- ▶ Unzufriedenheit mit den politischen und sozialen Verhältnissen.

Erkenntnisleitend ist wie gesagt die Spiegelbildthese: Stellen die Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Sozialstruktur und ihrer grundlegenden politischen Einstellungen ein Spiegelbild der Gesellschaft dar. Bei der Durchführung der Datenanalysen wurde darüber hinaus immer auch der Blick auf mögliche Mobilisierungspotenziale gerichtet.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass der Berlin-Brandenburg-BUS 2002 nicht als Gewerkschaftsstudie konzipiert wurde. Im Zentrum der Befragung stehen vielmehr Einstellungen und Verhaltensabsichten hinsichtlich einer Fusion beider Länder: Wächst von unten zusammen, was die politischen Eliten vereinigen wollen? Daher stehen bestimmte Variablen nicht zur Verfügung, die für eine Gewerkschaftsstudie unverzichtbar sind, zum Beispiel die Branchenzugehörigkeit der Erwerbstätigen, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses und die Arbeitszufriedenheit.

Gewerkschaftsmitglieder und Gewerkschaftshaushalte

17 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in der Region Berlin-Brandenburg sind gegenwärtig nach eigenen Angaben gewerkschaftlich organisiert. In Berlin sind es 16 Prozent, in Brandenburg 18 Prozent⁶.

In Ost-Berlin beträgt der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder 16 Prozent, in West-Berlin 15 Prozent, in den Berlin-nahen Gebieten Brandenburgs (EVR) 17 Prozent und in den märkischen Randlagen (ÄER) 19 Prozent (Tabelle 3).

23 Prozent der befragten Wahlberechtigten leben in einem **Gewerkschaftshaushalt**, in einem Haushalt also, in dem wenigstens eine Person Gewerkschaftsmitglied ist. Der Anteil der Personen, die selbst nicht organisiert sind, aber mit einem Mitglied zusammen wohnen, beträgt 5 Prozent, und ganze 2 Prozent sind selber organisiert und teilen den Haushalt mit mindestens einem weiteren Mitglied (Tabellen 1, 2).

Die Sozialstruktur der Gewerkschaftsmitglieder in der Region entspricht nicht der der Bevölkerung insgesamt. Nur bei den einfachen Arbeitern und bei den Arbeitslosen stimmen die Proportionen überein (Tabelle 4). Überdurchschnittlich repräsentiert unter den Gewerkschaftsmitgliedern sind Facharbeiter, einfache und verantwortliche Angestellte sowie Beamte. Dass Selbständige deutlich unterrepräsentiert sind, versteht sich von selbst.

Diese "Schieflage" erklärt sich leicht dadurch, dass die Nichterwerbspersonen, die 43 Prozent der Befragten ausmachen, nur sehr schwach organisiert sind. Gewerkschaften repräsentieren bekanntlich vor allem die Erwerbspersonen. Von ihnen gehören in der Region 23 Prozent einer Gewerkschaft an. Aber auch ein Vergleich der Sozialstruktur der Gewerkschaftsmitglieder mit der der Erwerbspersonen zeitigt keine durchgängige Kongruenz (Tabelle 5). Während die Anteile bei einfachen Arbeitern sowie bei einfachen und verantwortlichen Angestellten grosso modo übereinstimmen, sind **Facharbeiter** (28% zu 18%) und **Beamte** (10% zu 6%) immer noch **überrepräsentiert**, während Selbständige und **Arbeitslose** (11% zu 17%) **unterrepräsentiert** sind.

⁶ Die offiziellen Angaben des DGB (rund 500.000 Mitglieder) liegen höher, weil sie auch Personen einschließen, die nicht wahlberechtigt sind.

Der Organisationsgrad der sozialen Gruppen ergibt sich aus Tabelle 6. **Mit Blick auf die Region insgesamt sind Beamte (38%) und Facharbeiter (35%) am stärksten organisiert. Es folgen einfache Angestellte (24%), einfache Arbeiter (23%) und verantwortliche Angestellte (21%). Das Schlusslicht bilden Arbeitslose (15%) und Rentner (11%).**

Interessante Differenzierungen ergeben sich bei einer **geschlechterspezifischen Auswertung**: Der Frauenanteil bei den organisierten Beamten beträgt 54 Prozent, bei den Arbeitslosen 56 Prozent, bei den einfachen Arbeitern 57 Prozent, bei den verantwortlichen Angestellten 60 Prozent und bei den einfachen Angestellten sogar 72 Prozent. Die Männer haben nur unter den organisierten Nichterwerbspersonen (57%) und unter den organisierten Facharbeitern mit 72 Prozent die Nase vorn (ohne Tabelle). Dass sich die Gewerkschaftsmitglieder zu etwa gleichen Teilen aus Männern und Frauen zusammensetzen, liegt daran, dass sich in der sehr großen Gruppe der Nichterwerbspersonen mehr männliche als weibliche Organisierte befinden. **In den unmittelbar der Arbeitswelt zuzurechnenden Gruppen sind Frauen dagegen insgesamt etwas stärker organisiert als Männer.**

In Berlin sind einfache Arbeiter, Facharbeiter, einfache Angestellte und Beamte besser organisiert als in Brandenburg (Tabelle 6). Dort sind verantwortliche Angestellte und vor allem Arbeitslose häufiger Mitglied einer Gewerkschaft als in Berlin. In der Mark ist der Organisationsgrad der Arbeitslosen mit 9 Prozent sogar noch geringer als der der Rentner (11%).

Der Organisationsgrad wächst zunächst mit zunehmenden Alter: Er beträgt bei den 18-24jährigen in der Region insgesamt 4 Prozent und steigt bis auf 27 Prozent bei den 45-54jährigen. Dann nehmen die Anteile wieder ab bis auf 7 Prozent bei den Befragten, die 75 Jahre oder älter sind.

Vertrauen in Gewerkschaften - Interessenvertretung durch Gewerkschaften

Die Beurteilung der Gewerkschaften kann nach ihrer Leistung und nach ihrer Qualität erfolgen⁷. Als intermediäre Institutionen dienen sie vor allem der Interessenvermittlung, und daher lässt sich ihre **Leistung** danach bestimmen, wie sie die ihnen obliegenden Interessen vertreten, ob dies zur Zufriedenheit der Mitglieder bzw. der Bevölkerung geschieht.

Bei der **Qualität** der Gewerkschaften geht es nicht um Effizienz sondern um eine sehr grundsätzliche **moralische** Bewertung, die auch grundlegende gesellschaftspolitische Ziele einschließt: Sind die Gewerkschaften insgesamt so, wie sie sein sollen? Als Indikator dafür wird zumeist das generelle Vertrauen herangezogen. Wenn die Gewerkschaften so sind, wie sie sein sollen, wird ihnen Vertrauen entgegen gebracht. Während sich die **instrumentelle** Beurteilung der Gewerkschaften nach ihrem konkreten "Output" richtet, bedeutet Vertrauen letztlich eine auf Erfahrung beruhende Vorleistung, die gewichtiger und dauerhafter ist als zeit- und situationsbedingte Schwankungen in der Leistung von Gewerkschaften.

Vertrauen in Gewerkschaften wird mit folgender Frage gemessen:

*"Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."*⁸

Interessenvertretung durch Gewerkschaften wird mit folgender Frage gemessen:

*"Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegen stehen."*⁹

7 Vgl. dazu z.B. Bernhard Weßels: Einstellungen zu Institutionen der Interessenvermittlung, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.), Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 1997, S. 189-210.

8 Die Antwortvorgaben lauten: Vertraue überhaupt nicht, vertraue eher nicht, vertraue teilweise, vertraue weitgehend, vertraue voll und ganz, weiß nicht, keine Antwort.

9 Die Antwortvorgaben lauten: Stehen Interessen vollständig entgegen, stehen Interessen teilweise entgegen, weder - noch, vertreten Interessen teilweise, vertreten Interessen vollständig, weiß nicht, keine Antwort.

Dass Vertrauen ein härteres Kriterium der Beurteilung von Gewerkschaften bildet als Interessenvertretung, zeigen folgende Daten:

In der Region glauben 53 Prozent der Befragten, dass Gewerkschaften ihre Interessen (teilweise oder vollständig) vertreten. Aber nur 28 Prozent vertrauen ihnen (weitgehend oder voll und ganz).

Von den Befragten, die die Auffassung vertreten, dass Gewerkschaften ihre Interessen vertreten, bringen ihnen 42 Prozent auch Vertrauen entgegen. Von den Befragten aber, die den Gewerkschaften vertrauen, sagen 79 Prozent, dass Gewerkschaften ihre Interessen vertreten. Vertrauen in Gewerkschaften schließt also zumeist auch Zufriedenheit mit der Interessenvertretung ein, während Zufriedenheit mit der Interessenvertretung nicht einmal in der Hälfte der Fälle bedeutet, dass Gewerkschaften das Vertrauen der Befragten genießen.

Die moralische Evaluierung der Gewerkschaften ist also umfassender als die instrumentelle Evaluierung. Die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften scheint mehr von der Größe ihres Vertrauenspolsters abhängen als von einer guten Leistungsbewertung. Dies deutet auch folgender Befund an: Von den Befragten, die sich interessenmäßig von den Gewerkschaften vertreten fühlen, sind 25 Prozent organisiert. Von den Befragten, die den Gewerkschaften vertrauen, verfügen 31 Prozent, also ein Fünftel mehr, über einen Mitgliederausweis.

Allerdings kann das Vertrauen in Gewerkschaften auch abschmelzen, wenn ihre Leistungsbilanz über längere Zeit hinweg negativ beurteilt wird. Umgekehrt dürfte das Vertrauen zunehmen, wenn die Leistungen über längere Zeit gut bewertet werden. Es besteht mithin ein Zusammenhang von instrumenteller und moralischer Bewertung. Beide Variablen korrelieren ziemlich (aber nicht sehr) stark miteinander ($T_{au_b} = .405$). **Die Behauptung, Gewerkschaften würden vor allem nach der Effizienz ihrer Leistungen beurteilt, trifft also nicht zu.**

In Berlin vertrauen 4 Prozent und in Brandenburg 6 Prozent den Gewerkschaften voll und ganz. Rechnet man noch diejenigen hinzu, die den Gewerkschaften weitgehend vertrauen, dann ergibt sich für Berlin eine Vertrauensbasis von 26 Prozent und in Brandenburg von 29 Prozent. Die größte Gruppe der Befragten vertraut den Gewerkschaften teilweise (Berlin: 44%; Brandenburg: 46%). Als ausgesprochen misstrauisch erweisen sich jeweils 11 Prozent der Berliner und der Brandenburger (Tabelle 7).

Die Interessenvertretung der Gewerkschaften wird besser beurteilt: Dass die Gewerkschaften ihre Interessen vollständig vertreten, behaupten zwar nur 10 Prozent der Berliner und 11 Prozent der Brandenburger. Rechnet man aber die partielle Interessenvertretung hinzu, dann bescheinigen 47 Prozent der Berliner und 53 Prozent der Brandenburger den Gewerkschaften, dass sie ihre Interessen vertreten (Tabelle 8).

Die Vermutung, dass bestimmte soziale Gruppen die Gewerkschaften besser beurteilen als andere, dass Gewerkschaften von speziellen gesellschaftlichen Segmenten instrumentell oder moralisch besonders gut, von anderen besonders schlecht bewertet werden, bestätigt sich mit den zur Verfügung stehenden Daten nicht überzeugend. Jedenfalls fallen die Differenzen zumeist nicht gravierend aus. In den Tabellen 9 bis 12 werden die entsprechenden Befragungsergebnisse mitgeteilt, und die Tabellen 13 und 14 bieten eine Übersicht über die Gruppen, die den Gewerkschaften überdurchschnittlich misstrauen und ihnen eine besonders ungünstige Leistungsbilanz bescheinigen.

Besonders **schlechte Beurteilungen** erhalten die Gewerkschaften - wenig überraschend - von den **Selbständigen**, aber auch von den **Arbeitslosen** und den **verantwortlichen Angestellten**. Durchgängig schlecht urteilen allerdings nur die Selbständigen. Überdurchschnittlich **gute Noten** geben ihnen einhellig die **Facharbeiter**, im weiteren auch die **18-24-jährigen** und die **einfachen Angestellten**.

Aufschlussreicher erscheint der **Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern** (Tabellen 15, 16):

In Berlin bringen (nur) 48 Prozent der Mitglieder ihren Organisationen Vertrauen entgegen, in Brandenburg sind es wenig mehr, nämlich 52 Prozent. Von den Unorganisierten vertrauen den Gewerkschaften in Berlin immerhin 21 Prozent und in Brandenburg sogar 24 Prozent. Im Schnitt sind es also doppelt so viele Mitglieder wie Nicht-Mitglieder, die die Gewerkschaften nach moralischen Kriterien positiv evaluieren.

Bei der Interessenvertretung liegen die Werte erwartungsgemäß höher. 73 Prozent der Berliner und 78 Prozent der märkischen Gewerkschafter stellen ihren Organisationen diesbezüglich ein gutes Zeugnis aus. Bemerkenswerterweise tun das auch 43 Prozent der Nicht-Mitglieder in Berlin und 49 Prozent der Unorganisierten in Brandenburg.

Gewerkschaftsmitglieder vertrauen ihren Organisationen also nicht gerade übermäßig, und in puncto Interessenvertretung fällen sie ebenfalls kein überschwängliches Urteil.

Diese differenzierte Bewertung der Gewerkschaften durch Organisierte und Unorganisierte legt es nahe, die Bevölkerung - entsprechend ihrer Nähe zu den Gewerkschaften und ihrer Beurteilung der Gewerkschaften - in unterschiedliche Gruppen einzuteilen. Es ergibt sich folgende Typologie:

- Zufriedene Mitglieder:** Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und die angeben, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten.
- Kritische Mitglieder:** Übrige Mitglieder.
- Sympathisanten:** Nicht-Mitglieder, die den Gewerkschaften weitgehend oder voll und ganz vertrauen und die angeben, dass die Gewerkschaften ihre Interessen teilweise oder vollständig vertreten.
- Tolerante:** Nicht-Mitglieder, die nicht zu den Sympathisanten zählen, den Gewerkschaften aber dennoch in gewissem Umfang Vertrauen entgegen bringen und sie in gewissem Umfang als ihre Interessenvertretung ansehen.
- Distanzierte:** Nicht-Mitglieder, die nicht zu den Sympathisanten und nicht zu den Toleranten zählen.

Die Tabellen 17 und 18 berichten die Verteilung dieser Typen in der Region, wobei allerdings keine wirklich bedeutsamen Unterschiede zwischen Berlin und Brandenburg oder zwischen den vier Untersuchungsgebieten erkennbar werden.

Die zufriedenen Mitglieder machen etwa 8 Prozent der Befragten aus, weitere etwa 9 Prozent können als kritische Mitglieder gelten. **Das Sympathisantenpotenzial beträgt 13 Prozent**, im Berlin-nahen Brandenburg sogar 15 Prozent. Der Anteil der Toleranten beziffert sich auf 23 Prozent, und 47 Prozent der Befragten stehen den Gewerkschaften distanziert gegenüber.

Als Adressatengruppe für Mitgliederwerbung kommen in erster Linie die Sympathisanten in Betracht. Dabei ist zu beachten, dass sich die Sympathisanten von den Mitgliedern nicht etwa dadurch unterscheiden, dass sie die Gewerkschaften in moralischer oder instrumenteller Hinsicht schlechter beurteilen. Im Gegenteil: Sie bewerten sie sogar besser als die kritischen Mitglieder.

Die Nähe zu den Gewerkschaften hängt übrigens nur unwesentlich davon ab, ob die Befragten zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Erwerbslose¹⁰) oder zu den Nichterwerbspersonen gehören. Nimmt man nur die Erwerbspersonen in der Region, dann steigt der Anteil der zufriedenen Mitglieder auf 10 Prozent und der Anteil der Distanzierten reduziert sich auf 44 Prozent.

Betrachtet man die Nähe einzelner sozialer Gruppen zu den Gewerkschaften (Tabelle 19), dann ragen bei den zufriedenen und bei den kritischen Mitgliedern die Facharbeiter und die Beamten heraus, die beiden Gruppen also mit dem höchsten Organisationsgrad. Bei den Facharbeitern ist der Anteil der zufriedenen Mitglieder und der kritischen Mitglieder jeweils doppelt so groß wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Dies trifft auch auf die Beamten zu. Überdurchschnittliche Anteile an zufriedenen und an kritischen Mitgliedern weisen auch die einfachen und die verantwortlichen Angestellten auf.

Aufschlussreicher dürfte in dieser Tabelle der Anteil der **Sympathisanten** an den einzelnen Gruppen sein, denn sie deuten **unausgeschöpfte Mobilisierungspotenziale** an: An der Spitze stehen die **Facharbeiter** mit 17 Prozent, es folgen die **Beamten** und die **Arbeitslosen** mit 15 Prozent und die einfachen Arbeiter mit 14 Prozent. Das Schlusslicht bilden die Rentner mit 11 Prozent und die Selbständigen mit 7 Prozent. Beide Gruppen weisen auch die höchsten Anteile an Distanzierten aus (57% bzw. 78%).

Bei den Altersgruppen nehmen die Anteile der zufriedenen und der kritischen Mitglieder zunächst (bis zu den 45-54jährigen Befragten) zu und dann wieder ab (Tabelle 20). Dies vollzieht sich parallel zum Organisationsgrad der Altersgruppen. Überdurchschnittliche Sympathisantenanteile weisen (in dieser Reihenfolge) die 35-44jährigen, die 18-24jährigen und die 25-34jährigen auf. **Die unteren Jahrgänge sind mithin zwar unterdurchschnittlich organisiert, äußern aber überdurchschnittliche Sympathien für Gewerkschaften.**

Die **Unterschiede zwischen zufriedenen und die kritischen Mitgliedern** der Gewerkschaften treten deutlicher hervor, wenn die Nicht-Mitglieder aus der Analyse ausgeklammert werden (Tabelle 21).

¹⁰ Verkürzt formuliert unterscheiden sich Arbeitslose von Erwerbslosen dadurch, dass sie beim Arbeitsamt gemeldet sind. Erwerbslose suchen ebenfalls eine Erwerbstätigkeit, sind aber nicht notwendigerweise bei einem Arbeitsamt registriert.

Die Gewerkschafter setzen sich in der Region etwa zur Hälfte aus zufriedenen und aus kritischen Mitgliedern zusammen (46% zu 54%). Die Differenz beträgt 8 Prozentpunkte. Bei keiner der in Tabelle 21 aufgeführten Gruppen ist der Anteil der Zufriedenen größer als der der Kritischen. Daher stellt sich folgende Frage: Welche Mitgliedergruppen sind besonders kritisch bzw. bei welchen Gruppen ist der Unterschied zwischen Kritischen und Zufriedenen besonders groß?

An der Spitze der kritischen Mitglieder stehen die Arbeitslosen. Stellt man in Rechnung, dass die Arbeitslosen generell gewerkschaftlich gering organisiert sind, aber überdurchschnittlich mit Gewerkschaften sympathisieren, dann darf daraus die Schlussfolgerung gezogen werden, dass sich Gewerkschaften zu wenig um diese Gruppe kümmern. Bei mehr gewerkschaftlichem Engagement für die Arbeitslosen dürfte deren Organisationsgrad auch zunehmen.

An zweiter Stelle in der Rangfolge der kritischen Mitglieder - mit nur sehr geringem Abstand zu den Arbeitslosen - stehen die **einfachen Arbeiter**. An dritter Stelle folgen überraschenderweise die **Beamten**. Am Ende der Liste befinden sich die Rentner und die **Frauen**. Mit Blick auf die Ergebnisse der folgenden Analysen ist hervorzuheben, dass weibliche Mitglieder etwas zufriedener mit den Gewerkschaften sind als männliche.

Wertorientierungen

Unter Werten versteht man **Konzeptionen des Wünschenswerten**, die die Selektion zwischen Handlungsalternativen, -mitteln und -zielen steuern. Es handelt sich um **relativ stabile und weithin situationsunabhängige Überzeugungen**, die das menschliche Verhalten regeln. In unserem Kontext geht es um *politische* Werte: Sie beziehen sich auf die Beurteilung von politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen, Politiken und Zielen.

Das hier verwandte Modell¹¹ zur Ermittlung von Wertepositionen geht davon aus, dass moderne Industriegesellschaften durch zwei Wertkonflikte geprägt sind. Alle politischen Sachfragen lassen sich danach auf **zwei Zielkonflikte** zurückführen:

11 Eine ausführliche Darstellung des Modells findet sich in: Richard Stöss, Stabilität im Umbruch. Wahlbeständigkeit und Parteienwettbewerb im "Superwahljahr" 1994, Opladen 1997, S. 153 ff.

- Soll sich Politik eher an sozialer Gerechtigkeit oder eher an Marktfreiheit orientieren?
- Soll Politik eher libertär (freiheitlich) oder eher autoritär ausgerichtet sein?

Bei der **sozioökonomische Konfliktlinie** geht es darum, ob kollektive soziale Sicherungssystemen, die Beseitigung von Armut, die Sicherung von Renten, bezahlbare Mieten, angemessene Löhne bzw. Gehälter etc. Vorrang haben sollen vor der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bzw. der Wirtschaft, vor Deregulierung, Flexibilisierung etc. Bei der **politischen Konfliktlinie** geht es darum, ob sich die Politik eher auf die allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten, auf direkt- bzw. radikal-demokratische Prinzipien berufen und mehr individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, mehr Demokratie und Mitbestimmung gewährleisten soll oder ob sie eher für politische Stabilität und Kontinuität, für Ruhe und Ordnung, für innere Sicherheit und für die nachhaltige Vertretung deutscher Interessen im Ausland sorgen soll. Unser Modell besteht also aus vier Zentralwerten, die zwei Wertepaare bzw. Wertegegensätze darstellen:

- Soziale Gerechtigkeit – Marktfreiheit,
- Libertarismus – Autoritarismus.

Diese beiden Wertepaare bilden in der grafischen Darstellung ein Achsenkreuz, einen zweidimensionalen Werteraum, in dem nun jeder Befragte verortet werden kann. Positioniert werden in den Grafiken natürlich nicht einzelne Personen sondern Gruppen: Gewerkschaftsmitglieder, Berliner, Brandenburger usw. Die Punkte in den Grafiken stellen folglich Gruppenmittelwerte dar, die die Position von Gruppen im Werteraum angeben, unabhängig davon, wie groß die jeweiligen Gruppen sind.

Zur Berechnung der Mittelwerte sei nur so viel gesagt: Die Wertepaare der beiden Achsen werden miteinander verrechnet. Wenn ein Befragter beispielsweise 100 Punkte für Libertarismus und 120 Punkte für Autoritarismus erreicht, wird er auf der Achse "Libertarismus – Autoritarismus" mit –20 Punkten verbucht. Seine autoritären Überwiegungen seine libertären Orientierungen nämlich um 20 Punkte. Aus dem Wert –20 darf mithin nicht geschlossen werden, dass keinerlei libertäre Neigungen vorhanden sind.

Gewerkschaftsmitglieder unterscheiden sich hinsichtlich ihrer globalen Wertorientierungen von der Bevölkerung: Sie treten in allen vier Untersuchungsgebieten stärker für **soziale Gerechtigkeit** ein, und sie sind in Berlin libertärer, in Brandenburg

autoritärer eingestellt als der Durchschnitt der Befragten (Grafik 1). Am größten sind die Abweichungen in West-Berlin, am geringsten in Ost-Berlin. Die westberliner Gewerkschafter zeichnen sich durch eine besonders soziale und besonders libertäre Haltung aus. Die Organisierten in Ost-Berlin sind genauso sozial, aber weniger libertär orientiert als ihre westberliner Kollegen. Die märkischen Gewerkschafter unterscheiden sich von den Berliner Gewerkschaftern durch eine besonders soziale Haltung, dafür sind ihre libertären Neigungen aber sehr schwach ausgeprägt. Im ÄER überwiegen sogar autoritäre Dispositionen.

Hinsichtlich des Werts soziale Gerechtigkeit besteht bei den Gewerkschaftsmitgliedern kein Geschlechterunterschied. Organisierte Frauen denken aber libertärer als organisierte Männer, in Berlin mehr noch als in Brandenburg.

Grafik 2 differenziert diesen Befund nach der hier verwendeten Typologie. Die Wertorientierungen der Befragten, die den Gewerkschaften **distanziert** gegenüber stehen (dabei handelt es sich um rund die Hälfte der Bevölkerung), unterscheiden sich deutlich von denen der übrigen vier Gruppen: Sie sind viel weniger sozial und etwas weniger libertär eingestellt.

Die **Sympathisanten** befinden sich im Werteraum näher an den Mitgliedern als die Toleranten, stimmen mit den Mitgliedern also in der Beurteilung grundlegender politisch-gesellschaftlicher Sachverhalte eher überein als diese. Dies stützt unsere These, dass die Sympathisanten die **hauptsächliche Adressatengruppe für gewerkschaftliche Rekrutierungskampagnen** darstellen.

An diesem Beispiel wollen wir die **Messproblematik der Spiegelbildthese** noch einmal aufgreifen und der Frage nachgehen, ob Gewerkschaftsmitglieder hinsichtlich ihrer Wertorientierungen ein Spiegelbild der Bevölkerung darstellen.

Dass sich die Positionen der Bevölkerung und der Gewerkschaftsmitglieder im Werteraum unterscheiden, erschließt sich bereits bei der optischen Betrachtung der Grafik 1. Es besteht also keine vollkommene Übereinstimmung. Ob eine ungefähre Übereinstimmung besteht, hängt - wie eingangs dargelegt - von der zulässigen Schwankungsbreite der Werte der Bevölkerung ab. Für die Bestimmung der zulässigen Spannweite bestehen allerdings keine festen Regeln. Sie muss nach subjektiven Kriterien erfolgen.

Das Modell hat den Vorteil, dass die Positionen im Werteraum exakt bestimmt und die räumlichen Distanzen mithin genau berechnet werden können. Der Einfachheit halber vergleichen wir nur die Positionen der Bevölkerung und der Gewerkschaftsmitglieder in Berlin und Brandenburg. Der räumliche Abstand von Bevölkerung und Mitgliedern im Wertefeld beträgt in Berlin 49,7 Einheiten und in Brandenburg 42,1 Einheiten. Da ein Bezugspunkt fehlt, der zur Grundlage der Beurteilung der Abstände herangezogen werden könnte, tragen die Abstandsangaben nicht zur Lösung des Problems bei.

Bezugspunkte erhält man, wenn zwischen beiden Wertachsen unterschieden wird. Auf der Achse "Soziale Gerechtigkeit - Marktfreiheit" hat die Berliner Bevölkerung den Wert -65, die Berliner Gewerkschaftsmitglieder erreichen den Wert -103. Der Abstand auf dieser Achse beträgt mithin 38 Einheiten. Der "Normalwert" der Bevölkerung wird um über die Hälfte (um genau 58%) übertroffen. Auf der Achse "Libertarismus - Autoritarismus" erzielt die Berliner Bevölkerung den Wert 54, die entsprechende Position der Gewerkschaftsmitglieder liegt bei 86. Hier wird der "Normalwert" von den Mitgliedern sogar um 63 Prozent übertroffen. Wenn die zulässige Toleranz des "Normalwerts" auf +/- 20 Prozent festgelegt wird, was immerhin ein Fünftel bedeutet, dann träfe die Spiegelbildthese auf die Berliner Gewerkschafter weder hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit noch des Libertarismus zu.

In Brandenburg wird der "Normalwert" von den Mitgliedern bei der sozialen Gerechtigkeit um 37 Prozent und beim Libertarismus um 325 Prozent übertroffen. Bei einer Toleranzmarge von +/-20 Prozent wäre die Spiegelbildthese auch für die märkischen Gewerkschaftsmitglieder zurückzuweisen.

Allgemeine politische Einstellungen

Links-Rechts-Selbsteinstufung

Die Links-Rechts-Skala wird in der Literatur als "Struktur politischer Symbole" bezeichnet, "die dem Vereinfachungsbedürfnis der Bürger in der Wahrnehmung, Deutung und Bewertung maßgeblicher politischer Konflikte entgegenkommt"¹². Zwar hat sich im Laufe der Zeit ein differenziertes Verständnis von den Inhalten der politischen Richtungsbezeichnungen entwickelt, ihr wesentlicher Bedeutungsgehalt bewegt sich freilich nach wie vor zwischen den Polen Sozialismus und Kapitalismus bzw. progressiv und konservativ. Die Positionsbestimmungen Rechtsextremismus und Linksextremismus decken sich inhaltlich nur teilweise mit den Randpositionen der Links-Rechts-Skala und bedürfen daher einer gesonderten Messung bzw. Analyse (siehe dazu weiter unten).

Da die Wertorientierungen der Gewerkschaftsmitglieder stärker in Richtung soziale Gerechtigkeit und teilweise auch in Richtung Libertarismus weisen als die der Bevölkerung bzw. der Unorganisierten, könnte angenommen werden, dass Gewerkschaftsmitglieder auch besonders links eingestellt sind, dass die Linke den Gewerkschaften besonders aufgeschlossen gegenüber steht.

In gewisser Weise trifft das auch zu (Tabelle 22), aber die Anteile fallen nicht gerade überwältigend aus. Im Durchschnitt sind 17 Prozent der Befragten in der Region Gewerkschaftsmitglieder; von den sich selbst als links einstuftenden Befragten sind es gerade einmal 19 Prozent. Ein deutlicher Unterschied ergibt sich erst, wenn die Linke mit der Rechten kontrastiert wird: **10 Prozent der Rechten sind gewerkschaftlich organisiert, bei der Linken sind es doppelt so viele.** Zwischen beiden Kontrastgruppen rangieren die Befragten, die sich in der rechten Mitte (davon 14% Gewerkschaftsmitglieder) und in der linken Mitte (davon 17% Gewerkschaftsmitglieder) einsortieren.

Die Linke stellt mit 15 Prozent auch den größten Sympathisantenanteil. Aber auch hier fallen die Unterschiede nicht sonderlich groß aus: Die linke Mitte hat einen Sympathisantenanteil von 12 Prozent, die rechte Mitte von 10 Prozent und die

¹² Petra Bauer-Kaase: Politische Ideologie im Wandel? - Eine Längsschnittanalyse der Inhalte der politischen Richtungsbegriffe 'links' und 'rechts', in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 239.

Rechte von sogar 13 Prozent. Bei der Bestimmung von Zielgruppen für Kampagnen ist allerdings nicht nur der Sympathisantenanteil eines Segments der Links-Rechts-Skala bedeutsam, sondern auch die Größe des Segments. So umfasst die Linke nur 27 Prozent der Befragten, die linke Mitte hingegen 55 Prozent.

Dass die Linke den Gewerkschaften näher steht als die linke Mitte und erst recht als die Rechte, zeigt sich auch daran, dass die Linke den geringsten Anteil an Distanzierten aufweist (40%), bei der Rechten sind es 62 Prozent. Die linke und die rechte Mitte bilden aber auch hier ein breites Übergangsfeld, das dafür sorgt, dass die Links-Rechts-Polarisierung nur mäßig ausgeprägt ist.

Nun wechseln wir die Perspektive und fragen, ob sich Gewerkschaftsmitglieder selbst linker einstufen als Nicht-Mitglieder.

Auch aus diesem Blickwinkel werden zunächst keine überwältigenden Unterschiede erkennbar. In der Region bezeichnen sich 31 Prozent der Organisierten und 27 Prozent der Unorganisierten als links. Betrachtet man nur die Organisierten, dann tun das 35 Prozent der zufriedenen und 28 Prozent der kritischen Mitglieder. **Die kritischen Mitglieder bemängeln offenbar nicht, dass die Gewerkschaften zu wenig links ausgerichtet sind.** Bei den zufriedenen Mitgliedern zeigt sich im Detail eine große Varianz hinsichtlich eines linken Selbstverständnisses. In Berlin stufen sich 40 Prozent der Zufriedenen links ein, in West-Berlin sogar 44 Prozent, in Brandenburg bezeichnen sich dagegen nur 31 Prozent der Zufriedenen als links.

Die **Sympathisanten** liegen mit ihrem Anteil von 33 Prozent Linken sogar noch vor dem Durchschnittswert aller Gewerkschaftsmitglieder (31%), sind aber weniger links ausgerichtet als die zufriedenen Mitglieder (35%). Die Schlussgruppe bilden die Distanzierten mit einem Linken-Anteil von 23 Prozent (alle Prozentangaben ohne Tabelle).

Bemerkenswert ist der Geschlechterunterschied (Tabelle 23): **Gewerkschafterinnen sind teilweise sogar wesentlich häufiger links als ihre männlichen Kollegen.** Für die Region beträgt das Verhältnis 35 Prozent zu 27 Prozent. (Bei Unorganisierten besteht eine derartige Differenz übrigens nicht.) Dabei treten erhebliche regionale Abweichungen auf: In Berlin sind 40 Prozent der Gewerkschafter und 35 Prozent der Gewerkschafterinnen links. In Brandenburg stufen sich nur 16 Prozent der männlichen, aber 36 Prozent der weiblichen Organisierten links ein. Wenn wir uns noch eine Ebene tiefer begeben, dann stoßen wir auf folgende Anteile für linke

Organisierte: West-Berlin 25 Prozent Männer und 39 Prozent Frauen; Ost-Berlin 58 Prozent Männer und 28 Prozent Frauen; EVR 15 Prozent Männer und 24 Prozent Frauen; ÄER 16 Prozent Männer und 40 Prozent Frauen. **Hochburgen der linken Gewerkschafterinnen sind also West-Berlin und die Berlin-fernen Gebiete Brandenburgs**, wo jeweils rund 40 Prozent der Frauen links eingestellt sind. Und selbst in den Berlin-nahen Gebieten der Mark übertreffen sie mit einem Linken-Anteil von 24 Prozent noch den der Männer von 15 Prozent. Nur in Ost-Berlin sind linke Gewerkschafts-Männer besonders häufig anzutreffen (58%). Dort erzielen Gewerkschafterinnen mit 28 Prozent Links-Anteil aber einen durchaus respektablen Wert.

Traditionalistischer Sozialismus¹³

Mit der Skala "Traditionalistischer Sozialismus" sollen Einstellungen erfasst werden, die mit der Weltanschauung der damaligen SED bzw. SEW oder auch der DKP korrespondieren. Traditionalistischer Sozialismus bezieht sich also auf den "real existierenden Sozialismus" der DDR. Wir wollten herausfinden, welche Bedeutung diese Mentalität heute noch hat und inwieweit Gewerkschafter davon geprägt sind. Die Ausgangsthese lautet, dass diese altsozialistischen Vorstellungen vor allem in den Untersuchungsgebieten Anklang finden, die seinerzeit zur DDR gehörten.

Tatsächlich neigen nur 12 Prozent der West-Berliner, aber 26 Prozent der Befragten in den übrigen drei, früher zur DDR zählenden, Untersuchungsgebieten zu traditionsozialistischem Denken. Im Einzelnen: Ost-Berlin 23 Prozent, EVR 27 Prozent, ÄER 30 Prozent. In der Region bekennen sich im Durchschnitt 22 Prozent zu diesem Denkmuster.

Aber selbst auf dem ehemaligen Gebiet der DDR ist ein linkes Selbstverständnis nur teilweise durch traditionalistischen Sozialismus geprägt (Tabelle 24). In Brandenburg sind gerade einmal 36 Prozent der Befragten, die sich links einstufen, durch diese Mentalität gekennzeichnet, in Berlin sogar nur 29 Prozent.

Gewerkschaftsmitglieder tendieren eher zum traditionalistischen Sozialismus als Nicht-Mitglieder. Das Verhältnis beträgt 28 Prozent zu 21 Prozent. Die weitere Aufschlüsselung ergibt, dass 26 Prozent der Sympathisanten, aber nur 17 Prozent der Distanzierten altsozialistische Neigungen pflegen. Die Sympathisanten stehen folglich auch in dieser Hinsicht den Mitgliedern besonders nahe.

¹³ Vgl. die Erläuterungen unter "Skalen und Indizes".

Bezieht man das Geschlechterverhältnis in die Analyse mit ein, dann erfährt unsere Ausgangsthese eine interessante Differenzierung (Tabelle 25): **Männliche Gewerkschaftsmitglieder neigen insgesamt deutlich weniger (24%) zum traditionalistischen Sozialismus als weibliche Gewerkschaftsmitglieder (33%)**. Dies gilt übrigens entsprechend für Nicht-Mitglieder. 11 Prozent der männlichen, aber 19 Prozent der weiblichen Unorganisierten gehören diesem Einstellungspotenzial an.

Aber zurück zu den Gewerkschaftsmitgliedern. Dass Gewerkschafterinnen häufiger altsozialistischen Konzepten zustimmen als ihre männlichen Kollegen, trifft auf alle vier Untersuchungsgebiete zu. Besonders krass ist der Unterschied in West-Berlin: 20 Prozent zu 9 Prozent. Die geringste Differenz messen wir im EVR: 27 Prozent zu 22 Prozent (ohne Tabelle).

Wenn wir in die Kontrastgruppenanalyse noch eine weitere Variable einführen, zeigt sich die Geschlechterdifferenz noch deutlicher. Bei dieser Variable handelt es sich um die Schichtzugehörigkeit. Sie wurde aus Bildung und Einkommen gebildet. Niedrige Bildung und niedriges Einkommen bedeuten "Unterschicht", hohes Einkommen und hohe Bildung "Oberschicht". Die übrigen Befragten zählen zur "Mittelschicht".

Die drei Schichten unterscheiden sich bezüglich ihrer Neigungen zum traditionalistischen Sozialismus erheblich: Unterschicht 27 Prozent, Mittelschicht 20 Prozent, Oberschicht 15 Prozent.

Aus Grafik 3 geht hervor, dass von den Gewerkschaftern aus der Unterschicht 33 Prozent, aus der Mittelschicht 27 Prozent und aus der Oberschicht 24 altsozialistisch eingestellt sind. Wenn wir bei den Unterschicht-Gewerkschaftern zwischen Männern und Frauen unterscheiden, tritt der Unterschied zwischen den Geschlechtern noch deutlicher hervor (Männer 26%, Frauen 40%). Besonders krass zeigt er sich, wenn zusätzlich noch zwischen Berlin und Brandenburg differenziert wird: In Berlin gehören 17 Prozent der männlichen und 25 Prozent der weiblichen Gewerkschafter aus der Unterschicht dem traditionssozialistischen Potenzial an, in Brandenburg betragen die entsprechenden Anteile 35 Prozent und 54 Prozent. **In der Mark sind mithin über die Hälfte der Unterschicht-Gewerkschafterinnen altsozialistisch eingestellt.**

Gemäßigter Sozialismus¹⁴

Bei der Bildung der Skala "Traditionalistischer Sozialismus" erzeugte die Faktorenanalyse eine "Restkategorie", der wir die Bezeichnung "Gemäßigter Sozialismus" gegeben haben. Dieser Index stößt allerdings auf so breite Zustimmung in der Bevölkerung, dass keine aussagekräftige Gruppenbildung möglich ist. 74 Prozent der Bevölkerung sind demnach gemäßigt sozialistisch eingestellt, bei den Gewerkschaftsmitgliedern sind es 78 Prozent. Allerdings zeigt sich auch hier, dass Frauen - unabhängig davon, ob sie gewerkschaftlich organisiert sind - diesem Einstellungsmuster etwas häufiger zusprechen als Männer, und zwar in Berlin und Brandenburg.

Frauendiskriminierung¹⁵

Auch die Skala "Geschlechtsrollenorientierung (Frauendiskriminierung)" zeitigt überraschenderweise keine differenzierten Einsichten. Kaum ein Befragter erwies sich als "sexistisch". Konkret: Nur 6 Prozent der Wahlberechtigten in der Region weisen ein Einstellungsmuster auf, das auf die Benachteiligung von Frauen zielt. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern sind es 4 Prozent. Allerdings beträgt der Anteil bei den Gewerkschaftsmännern 7 Prozent, während er bei den Gewerkschafterinnen unmessbar zwischen 0 Prozent und 1 Prozent liegt.

Rechtsextremismus¹⁶

Anlässlich des Berlin-Brandenburg-BUS 2000 hatten wir eine ausführliche Untersuchung über gewerkschaftlichen Rechtsextremismus in der Region vorgelegt¹⁷. Vergleichsdaten für die Bevölkerung insgesamt liegen darüber hinaus auch für das Jahr 1998 vor.

Zwischen 2000 und 2002 hat sich die Situation in der Region insgesamt nicht verändert. Der Anteil der Wahlberechtigten mit einem rechtsextremen Weltbild beträgt **unverändert 16 Prozent**. Allerdings vollzog sich die Entwicklung **regional sehr unterschiedlich**.

14 Vgl. die Erläuterungen unter "Skalen und Indizes".

15 Vgl. die Erläuterungen unter "Skalen und Indizes".

16 Vgl. die Erläuterungen unter "Skalen und Indizes".

17 Stöss: Gewerkschaften und Rechtsextremismus (Anm. 2).

In Berlin hat sich das rechtsextreme Einstellungspotenzial seit 1998 kaum verändert (Tabelle 26). Es liegt derzeit bei 10 Prozent. In West-Berlin verringerte es sich in diesem Zeitraum von 12 Prozent auf 8 Prozent, in Ost-Berlin ist es scheinbar etwas gewachsen (von 11% auf 12%). Anders in Brandenburg: Dort stellen wir seit 1998 eine Zunahme von 19 Prozent auf 24 Prozent fest.

Betrachten wir nun die **Gewerkschaftsmitglieder**. In der Region ist ihre Anfälligkeit für Rechtsextremismus seit 2000 geringfügig von 18 Prozent auf 19 Prozent gestiegen. Aber auch hier machen sich unterschiedliche Tendenzen bemerkbar. In Berlin hat sich der Anteil rechtsextremer Gewerkschafter in diesem Zeitraum von 16 Prozent auf 11 Prozent vermindert (Tabelle 27). In beiden Stadthälften sind jedoch gegenläufige Tendenzen erkennbar. In West-Berlin ist das Potenzial nahezu erdrutschartig von 20 Prozent auf 7 Prozent gesunken, während in Ost-Berlin eine ebenfalls bemerkenswerte Zunahme von 10 Prozent¹⁸ auf 17 Prozent zu konstatieren ist.

Auch in Brandenburg vollzogen sich seit 2000 gegensätzliche Entwicklungen. Landesweit ist der gewerkschaftliche Rechtsextremismus von 21 Prozent auf 28 Prozent gewachsen. Während er sich im EVR von 26 Prozent auf 15 Prozent beträchtlich verminderte, schnellte er im ÄER von 19 auf 33 Prozent hoch.

Im Prinzip folgen die Veränderungen bei den Gewerkschaftsmitgliedern denen in der Bevölkerung: In Berlin ist der Rechtsextremismus rückläufig, in Brandenburg nimmt er zu. Und in beiden Ländern offenbaren sich widersprüchliche Trends. In West-Berlin schmilzt der Rechtsextremismus, im Ostteil der Stadt wächst er. In den Berlin-nahen Gebieten Brandenburgs nimmt er ab, in den Randregionen der Mark breitet er sich weiter aus.

Der Unterschied zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern und der Bevölkerung besteht darin, dass die Veränderungen in der Bevölkerung mäßig ausfallen, während sie sich bei den Gewerkschaftsmitgliedern abrupt vollziehen. So beträgt der (relative) Rückgang in West-Berlin 65 Prozent und im EVR 42 Prozent, der Zuwachs macht in Ost-Berlin 70 Prozent und im ÄER sogar 74 Prozent aus.

18 Der hier vorgenommene Vergleich "hängt" an diesen 10 Prozent, die wir 2000 gemessen haben. Schon damals bezeichneten wir diesen Befund als überraschend (Stöss, Gewerkschaften und Rechtsextremismus, Anm. 2, S. 35), weil er nicht so recht zu den übrigen Ergebnissen passen wollte. Daher wurde der Datensatz nochmals komplett einer Revision und einer differenzierten Repräsentativitätskontrolle unterworfen. Allerdings ohne Ergebnis. So unerklärlich diese 10 Prozent auch sind, so stellen sie doch das Ergebnis einer Messung dar, die nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt wurde.

Was wir vor zwei Jahren festgestellt haben, gilt auch heute: **Gewerkschaftsmitglieder sind etwas anfälliger für rechtsextremer Gedankengut als Nicht-Mitglieder** bzw. als die Bevölkerung insgesamt¹⁹. Damals betrug das Verhältnis in der Region 18 Prozent zu 16 Prozent, heute sind es 19 Prozent zu 16 Prozent. Nur in einem der vier Untersuchungsgebiete fällt das rechtsextremer Einstellungspotenzial bei Organisierten erkennbar geringer aus als bei Unorganisierten: im EVR (-4 Prozentpunkte). In West-Berlin liegt es um 1 Prozentpunkt unter dem der Bevölkerung, was bei Berücksichtigung der Fehlertoleranz von Umfragen nicht ins Gewicht fällt. Dafür überlegen die Organisierten die Unorganisierten im ÄER um 6 Prozentpunkte, und die ostberliner Gewerkschafter sind sogar anderthalb Mal so rechtsextremer eingestellt wie die dortige Bevölkerung.

Die Skala des gewerkschaftlichen Rechtsextrismus (in Klammern die Anteile für Unorganisierte) reicht in der Region derzeit von 7 (8) Prozent in West-Berlin über 15 (19) Prozent im EVR und 17 (12) Prozent in Ost-Berlin bis zu 33 (27) Prozent im ÄER. **Mit Blick auf die Region insgesamt können die Westberliner, Organisierte wie Unorganisierte, als relativ immun gegen Rechtsextrismus bezeichnet werden.**

Wenn rechtsextremer Einstellungen auf die Nähe der Befragten zu den Gewerkschaften bezogen werden (Tabelle 28), dann gelangen wenig erhellende Differenzen zum vorschein. Zufriedene und kritische Mitglieder unterscheiden sich kaum hinsichtlich ihrer rechtsextrimer Neigungen. Sympathisanten sind in Berlin etwas, in Brandenburg allerdings erheblich weniger anfällig für Rechtsextrismus als Mitglieder - und in Brandenburg auch als Tolerante und Distanzierte. In Berlin weisen dagegen die Toleranten mit 5 Prozent das geringste Rechtsextrismuspotenzial auf.

Aufschlussreicher werden die Resultate, wenn die Geschlechter Berücksichtigung finden. Generell gilt, dass sich Männer und Frauen bei der Ausprägung von rechtsextrimer Orientierungen nicht unterscheiden. Bei Gewerkschaftsmitgliedern in Berlin-Brandenburg besteht aber sehr wohl ein Unterschied: 20 Prozent der weiblichen und 18 Prozent der männlichen Mitglieder sind rechtsextremer eingestellt. Bei

¹⁹ Mit Blick auf die Befragungsergebnisse besteht kein Unterschied zwischen der Bevölkerung und Unorganisierten. Da nur 17 Prozent der Befragten in der Region gewerkschaftlich organisiert sind (Tabelle 3), ist der Unterschied zwischen beiden Kategorien minimal. Er beträgt bei den hier analysierten Gruppen höchstens einen Prozentpunkt. Und da wir nur gerundete Zahlen mitteilen, macht sich diese Differenz kaum bemerkbar. Zum rechtsextrimer Einstellungspotenzial zählen beispielsweise 16 Prozent der (wahlberechtigten) Bevölkerung in der Region und 16 Prozent der Nicht-Organisierten. Von den Daten her betrachtet sind die Begriffe Bevölkerung und Unorganisierte austauschbar.

genauerer Betrachtung der speziellen Verhältnisse in den Untersuchungsgebieten wird die Diskrepanz aber noch deutlicher.

In Berlin neigen die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder weniger zum Rechtsextremismus (9%) als die männlichen (13%), bei den Nicht-Mitgliedern verhält es sich umgekehrt (8% Männer, 10% Frauen). **In Brandenburg sind die Gewerkschafterinnen dagegen deutlich häufiger rechtsextrem eingestellt (31%) als ihre männlichen Kollegen (25%), und auch bei den Unorganisierten ist das Einstellungspotenzial bei den Frauen (24%) größer als bei den Männern (22%; Tabelle 29).**

Von den vier Untersuchungsgebieten sind drei, nämlich die ehemals zur DDR gehörenden, dadurch gekennzeichnet, dass Gewerkschafterinnen teilweise erheblich stärker zum Rechtsextremismus neigen als organisierte Männer. Im EVR beträgt der Anteil 21 Prozent (Männer 10%), in Ost-Berlin 22 Prozent (Männer 15%) und im ÄER 34 Prozent (Männer 33%). **Zusammen genommen beträgt das rechtsextreme Einstellungspotenzial in allen drei Gebieten bei den männlichen Organisierten 19 Prozent und bei den weiblichen 27 Prozent, also das Anderthalbfache.** Nur in West-Berlin ist es umgekehrt: Die Gewerkschafts-Männer sind zu 12 Prozent belastet, die Gewerkschafts-Frauen zu 3 Prozent.

Wenn wir in die Kontrastgruppenanalyse wiederum die Variable Schicht einführen, zeigt sich die Geschlechterdifferenz noch dramatischer. Die drei Schichten unterscheiden sich bezüglich ihrer Neigungen zum Rechtsextremismus nämlich beträchtlich: Unterschicht 32 Prozent, Mittelschicht 17 Prozent, Oberschicht 6 Prozent. **Rechtsextremismus ist mithin weitgehend ein Unterschichtphänomen.**

Grafik 5 zeigt, dass **Gewerkschafterinnen aus der Unterschicht in Brandenburg zu sage und schreibe 60 Prozent rechtsextrem eingestellt** sind. Für ihre männlichen Kollegen aus der märkischen Unterschicht beträgt der Anteil "nur" 36 Prozent.

Aber der Reihe nach: Wenn die Gewerkschaftsmitglieder (Rechtsextremismusanteil 19%) nach den drei Schichten aufgeteilt werden, ergibt sich für die Unterschicht-Gewerkschafter ein Rechtsextremismuspotenzial von 32 Prozent, für die Mittelschicht-Gewerkschafter von 17 Prozent und für die Oberschicht-Gewerkschafter von 6 Prozent. Die Gewerkschafter aus der Oberschicht sind also kaum anfällig für Rechtsextremismus. Sowohl bei den Mittelschicht- als auch bei den Oberschicht-Organisierten ist der Rechtsextremismusanteil bei den Männern größer als bei den Frauen. Anders verhält es sich bei den Gewerkschaftsmitgliedern aus der Unter-

schicht. Hier neigen 23 Prozent der Männer, aber 39 Prozent der Frauen zum Rechtsextremismus. Schlüsselt man beide nach ihrer Länderzugehörigkeit auf, dann ergibt sich folgendes: In Berlin zählen etwa 10 Prozent der männlichen und 15 Prozent der weiblichen Unterschicht-Gewerkschafter zum rechtsextremen Einstellungspotenzial, in Brandenburg 36 Prozent der männlichen und 60 Prozent der weiblichen Unterschicht-Gewerkschafter.

Grafik 6 zeigt, dass auch unorganisierte Frauen nur in der Unterschicht die Männer bezüglich der rechtsextremen Einstellungen überragen, in der Mittel- und in der Oberschicht der Nicht-Mitglieder haben die Männer die größeren Potenziale vorzuweisen.

Was für traditionalistischen Sozialismus festgestellt wurde, gilt im Prinzip auch für den Rechtsextremismus: Seine Verteilung in den vier Untersuchungsgebieten folgt nicht nur dem Ost-West-Gegensatz, sie ist auch schichtabhängig und vollzieht sich zudem geschlechterspezifisch. Rechtsextremismus ist - deutlich mehr als traditionalistischer Sozialismus - ein Unterschichtphänomen. In beiden Fällen sind es vor allem Frauen aus der Unterschicht, die sich diese Weltbilder besonders häufig zu eigen machen, wobei gewerkschaftlich organisierte Frauen erheblich höhere Potenziale aufweisen als unorganisierte. Dabei übertreffen die unorganisierten Unterschicht-Frauen immer noch die Männer aus der Unterschicht, unabhängig davon, ob sie Mitglied einer Gewerkschaft sind. Während sich die Frauendominanz beim Rechtsextremismus auf die Unterschicht beschränkt, erstreckt sie sich beim traditionalistischen Sozialismus auf alle Schichten.

Zur Schnittmenge von Rechtsextremismus und traditionalistischem Sozialismus

Angesichts der ähnlichen Verteilungsmuster von Rechtsextremismus und traditionalistischem Sozialismus liegt es nahe, den Zusammenhang zwischen beiden Einstellungsmustern zu untersuchen. Tatsächlich korrelieren beide Skalen miteinander, wenn auch nur mäßig ($r = .261$). Wir haben daher die Variable "altsozialistisch-rechtsextreme Einstellungen" gebildet. **Das altsozialistisch-rechtsextreme Einstellungspotenzial²⁰ umfasst nur 6 Prozent der Befragten** (Tabelle 30). Dabei handelt es sich offenbar um Personen, die staatssozialistische mit nationalistischen, fremdenfeindlichen und pronazistischen Vorstellungen verknüpfen. Diese Mentalität findet

²⁰ Dazu zählen die Befragten, die zugleich dem rechtsextremen Einstellungspotenzial und dem traditionalistisch-sozialistischen Einstellungspotenzial angehören. Vgl. dazu die Erläuterungen unter "Skalen und Indizes".

sich in Berlin bei zwei Prozent (in West-Berlin sogar nur bei 1 Prozent), in Brandenburg allerdings bei 10 Prozent (EVR 8%, ÄER 12%) der Befragten. Sie stellt mithin mit wenigen Ausnahmen ein **reines Ostphänomen** dar.

In Brandenburg üben altsozialistisch-rechtsextreme Einstellungen **besondere Anziehungskraft auf Gewerkschaftsmitglieder** aus. Bei immerhin 18 Prozent der märkischen Gewerkschafter findet sich diese Mentalität. Sie übertreffen den Bevölkerungsanteil nahezu um das Doppelte (Tabelle 30). Dabei sind weibliche Gewerkschaftsmitglieder mit 20 Prozent deutlich stärker betroffen als männliche (16%). Und auch bei den Nicht-Mitgliedern erreichen Frauen einen etwas höheren Anteil als Männer (10% zu 8%). In Berlin findet sich dieses Einstellungssyndrom dagegen bei Organisierten genau so selten wie bei Unorganisierten (2%). Aber auch hier haben (organisierte wie unorganisierte) Frauen die Nase vorn (Tabelle 31).

Unzufriedenheit

Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen. Diese können zu Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung führen und Protest, Verweigerung, Opposition, Widerstand und Gewalt hervorrufen. Unzufriedenheit gilt als eine wichtige Ursache für die Entstehung von extrem rechten oder extrem linken Einstellungen. Unzufriedenheit kann aber auch im Sinne von konventioneller Partizipation verarbeitet werden, beispielsweise durch Unterstützung von gewerkschaftlichen Aktivitäten oder sogar durch Beitritt zu einer Gewerkschaft.

Generell kann Unzufriedenheit als Gradmesser für die Integration der Befragten in die gesellschaftliche Ordnung angesehen werden. Sie signalisiert zugleich Erwartungen an die Politik und damit auch an das intermediäre System. Die Befunde der Unzufriedenheitsforschung sind also vielfältig nutzbar. Im Rahmen dieser Studie ist zum einen der Vergleich von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern von Bedeutung, um die Spiegelbildthese zu testen. Zum anderen betrachten wir auch die innergewerkschaftliche Unzufriedenheit und die Unzufriedenen als gewerkschaftliches Mobilisierungspotenzial.

Unzufriedenheit mit der Demokratie²¹

In der Region sind gerade einmal 33 Prozent der (wahlberechtigten) Bevölkerung zufrieden mit der Demokratie. 39 Prozent gelten als politikverdrossen, weil sie zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden sind, aber bemängeln, wie die Demokratie von Parteien und Politikern gehandhabt wird. Weitere 28 Prozent sind nicht nur mit dem Funktionieren der Demokratie, sondern auch mit ihren verfassungsmäßigen Grundlagen unzufrieden. Sie werden als Demokratieverdrossene bezeichnet. **Unzufrieden mit der Demokratie sind also zwei Drittel der Bevölkerung in der Region.**

Da Demokratieverdrossenheit mehr noch als Politikverdrossenheit Entfremdungs- bzw. Desintegrationserscheinungen signalisiert, werden wir uns darauf konzentrieren.

Die Skala der Demokratieverdrossenheit in der Bevölkerung reicht von 16 Prozent in West-Berlin über 26 Prozent in Ost-Berlin und 34 Prozent im EVR bis zu 36 Prozent im ÄER (Tabelle 32). **Gewerkschaftsmitglieder sind durchgängig und in dieser Reihenfolge demokratieverdrossener als die Bevölkerung** bzw. als die Nicht-Mitglieder. In West-Berlin beträgt der Anteil 20 Prozent, im ÄER 49 Prozent. Besonders verdrossen sind die kritischen Mitglieder (Berlin 29%, Brandenburg 51%), die Sympathisanten rangieren am unteren Ende der Skala (Berlin 17%, Brandenburg 34%; Tabelle 33).

Frauen sind generell demokratieverdrossener als Männer, wobei die Differenz unter den Gewerkschaftsmitgliedern größer ist als unter den Nicht-Mitgliedern. So sind in Berlin 30 Prozent und in Brandenburg 53 Prozent der Gewerkschafterinnen mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Bei ihren männlichen Kollegen sind es 20 Prozent bzw. 38 Prozent (Tabelle 34).

Wie nicht anders zu erwarten war, sind rechtsextrem bzw. altsozialistisch eingestellte Frauen besonders demokratieverdrossen: in Berlin 62 Prozent und in Brandenburg 59 Prozent (Tabelle 35).

21 Vgl. die Erläuterungen unter "Skalen und Indizes".

Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung

In Berlin halten 28 Prozent die Gesellschaftsordnung für gerecht und 48 Prozent für ungerecht. In Brandenburg fällt das Urteil noch krasser aus: 14 Prozent urteilen "gerecht" und 65 Prozent "ungerecht". **Gewerkschaftsmitglieder sind wiederum unzufriedener als Nicht-Mitglieder** (Tabelle 36), wobei auch in diesem Fall die kritischen Mitglieder mit deutlichem Abstand an der Spitze stehen. Die Unzufriedenheit der Sympathisanten liegt im Vergleich zur Bevölkerung unter dem Durchschnitt (Tabelle 37).

Frauen sind mit der Gesellschaftsordnung unzufriedener als Männer. Das gilt auch für die Gewerkschaftsmitglieder in Berlin, in Brandenburg sind die Gewerkschaftsmänner allerdings unzufriedener als ihre Kolleginnen (Tabelle 38). **Anders als bei der Demokratieverdrossenheit sind die rechtsextrem bzw. altsozialistisch eingestellten männlichen Organisierten besonders unzufrieden.** Sie verzeichnen Rekordwerte von 85 Prozent bzw. 86 Prozent (Tabelle 39).

Wirtschaftlicher Zukunftspessimismus

43 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verschlechtern werden. Abweichend von dem bislang beobachteten Muster **sind die Berliner pessimistischer als die Brandenburger** (was durch die katastrophale Finanzlage der Stadt verursacht sein dürfte). **Dies gilt auch für Gewerkschafter**, wobei die Organisierten in Berlin nur wenig über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen, während sich die märkischen Gewerkschafter hinsichtlich ihres Zukunftspessimismus kaum von den Unorganisierten unterscheiden (Tabelle 40). In beiden Ländern sind die kritischen Gewerkschaftsmitglieder - wie gehabt - besonders pessimistisch, und die Sympathisanten liegen wiederum etwas unter dem Durchschnitt (Tabelle 41).

Frauen übertreffen die Männer durchgängig beim Wirtschaftspessimismus, wobei der Geschlechterunterschied bei den Gewerkschaftsmitgliedern größer ausfällt als bei den Nicht-Mitgliedern (Tabelle 42). Bei den Gewerkschaftern mit rechtsextremen bzw. traditionalistisch-sozialistischen Orientierungen ist kaum ein Geschlechterunterschied erkennbar, bei den Unorganisierten mit derartigen Dispositionen sehr wohl: hier dominieren die Frauen eindeutig (Tabelle 43).

Relative Deprivation²²

Das Konzept der relativen Deprivation (Unterversorgung mit lebenswichtigen bzw. für lebenswichtig erachteten Gütern oder Dienstleistungen) zielt auf die Diskrepanz von Erwartungen bzw. Ansprüchen und Realität. Damit sind Ungleichgewichte in der Entwicklung bzw. in den Zukunftsperspektiven unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige etc. angesprochen.

Etwa ein Viertel der Befragten in der Region hält sich in diesem Sinne für benachteiligt. In Berlin sind es 19 Prozent, in Brandenburg 30 Prozent. Die Rangfolge der Untersuchungsgebiete lautet West-Berlin (15%), EVR (23%), Ost-Berlin (25%), ÄER (34%). In West-Berlin und im EVR findet sich bei Gewerkschaftsmitgliedern etwas weniger, in den beiden übrigen Gebieten etwas mehr relative Deprivation als in der Bevölkerung (Tabelle 44). Kritische Gewerkschaftsmitglieder fühlen sich nur in Brandenburg besonders benachteiligt, die Sympathisanten unterscheiden sich in beiden Ländern kaum (Berlin) oder nur unwesentlich (Brandenburg) vom Bevölkerungsdurchschnitt (Tabelle 45).

Frauen sind (etwas) stärker durch relative Deprivation gekennzeichnet als Männer, unabhängig davon, ob sie organisiert sind oder nicht (Tabelle 46). Deprivationsgefühle sind besonders stark bei rechtsextremen Gewerkschafterinnen (in Brandenburg) ausgeprägt (Tabelle 47).

Bilanz

Die Bilanz über alle Unzufriedenheiten hinweg ergibt folgendes Bild:

- Gewerkschaftsmitglieder sind unzufriedener als Nicht-Mitglieder.
- Kritische Gewerkschaftsmitglieder sind unzufriedener als zufriedene Gewerkschaftsmitglieder.
- Befragte, die mit den Gewerkschaften sympathisieren, sind unterdurchschnittlich unzufrieden.
- Frauen sind unzufriedener als Männer.
- Gewerkschafterinnen sind unzufriedener als unorganisierte Frauen.

²² Vgl. die Erläuterungen unter "Skalen und Indizes".

- Gewerkschafterinnen sind unzufriedener als männliche Gewerkschaftsmitglieder.
- Rechtsextrem oder altsozialistisch eingestellte Frauen sind oft unzufriedener als entsprechend eingestellte Männer (wichtigste Ausnahme: Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung).
- Rechtsextrem oder altsozialistisch eingestellte Gewerkschafterinnen sind oft unzufriedener als entsprechend eingestellte männliche Gewerkschaftsmitglieder (Ausnahmen: Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung, wirtschaftlicher Zukunftspessimismus).

Zusammenfassung und Diskussion der Untersuchungsergebnisse

- ▶ In der Region sind gegenwärtig 17 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert, und 23 Prozent leben in einem Gewerkschaftshaushalt. Zieht man als Prozentuierungsbasis nur die Erwerbspersonen heran, dann beträgt der **Organisationsgrad** in der Region 23 Prozent. Stark überdurchschnittlich organisiert sind Beamte und Facharbeiter, auch noch überdurchschnittlich gehören einfache Angestellte, einfache Arbeiter und verantwortliche Angestellte einer Gewerkschaft an. Unterdurchschnittlich organisiert sind Arbeitslose und Rentner.
- ▶ In der Region sind 53 Prozent der Befragten der Auffassung, dass die Gewerkschaften ihre **Interessen** vertreten, aber nur 28 Prozent bringen ihnen **Vertrauen** entgegen. Knapp die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder bescheinigen ihren Organisationen, dass sie ihre Interessen vertreten und vertrauen ihnen zugleich ("Zufriedene"). Auf die andere Hälfte trifft das nicht zu. Daher werden sie als "kritische Mitglieder" bezeichnet. Dazu zählen vor allem die Arbeitslosen und die einfachen Arbeiter, wobei die männlichen Mitglieder durchgängig kritischer sind als die weiblichen. Weitere 13 Prozent der Befragten sind zwar nicht gewerkschaftlich organisiert, glauben aber - wie die zufriedenen Mitglieder - dass Gewerkschaften ihre Interessen vertreten und vertrauen ihnen auch. Diese 13 Prozent, die die Gewerkschaften besser beurteilen als die kritischen Mitglieder, gelten als Sympathisanten, die als wesentliche Zielgruppe für Mitgliederwerbung in Betracht kommen. Die höchsten Sympathisantenanteile finden sich bei

den Facharbeitern, den Beamten, den Arbeitslosen und den einfachen Arbeitern.

Für sich genommen besteht die Gruppe der Sympathisanten vor allem aus (weiblichen) einfachen Angestellten, (weiblichen) verantwortlichen Angestellten, aus Arbeitslosen und aus (männlichen) Facharbeitern. Mit 37 Prozent bilden freilich die Nichterwerbspersonen das größte Segment bei den Sympathisanten.

- ▶ Im Vergleich zu den **Wertorientierungen** der Bevölkerung zeichnen sich die Gewerkschaftsmitglieder durch eine betont soziale Grundhaltung aus. In Berlin - vor allem im Westteil der Stadt - denken Gewerkschaftsmitglieder auch wesentlich libertärer als die Bevölkerung. In Brandenburg sind libertäre Orientierungen generell schwach ausgeprägt, bei Gewerkschaftern noch schwächer als in der Bevölkerung.
- ▶ Gewerkschaftsmitglieder sind hierzulande im Schnitt etwas **linker** eingestellt als Nicht-Mitglieder. Deutliche Unterschiede werden erst erkennbar, wenn Mitglieder mit Personen konfrontiert werden, die den Gewerkschaften distanziert gegenüber stehen oder wenn Linke mit Rechten verglichen werden. Wenn allerdings nur die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder betrachtet werden, dann ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen Organisierten und Unorganisierten. Denn Gewerkschafterinnen sind in der Region ihrem Selbstverständnis nach linker als männliche Gewerkschafter. Sympathisanten stehen bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung näher bei den Mitgliedern als bei den Nicht-Mitgliedern. Das quantitativ größte Sympathisantenpotenzial besteht jedoch in der linken Mitte.
- ▶ Gewerkschaftsmitglieder sind sehr empfänglich für **altsozialistische Ideen**. Dies gilt besonders für die Gebiete der Region, die früher zur DDR gehörten. Die Verbreitung des traditionalistischen Sozialismus folgt aber nicht nur dem Ost-West-Gegensatz, sie vollzieht sich auch geschlechterspezifisch. Frauen äußern häufiger altsozialistische Vorstellungen als Männer, und gewerkschaftlich organisierte Frauen tun das häufiger als unorganisierte Frauen (Grafik 4). Darin besteht der Unterschied zur Links-Rechts-Selbsteinstufung. Gewerkschafterinnen stufen sich zwar auch öfter links ein als Gewerkschafter, aber dies gilt nicht entsprechend für Nicht-Mitglieder.

- ▶ Das **rechtsextreme Einstellungspotenzial** beträgt in Berlin 10 Prozent und in Brandenburg 24 Prozent. Im Großen und Ganzen hat es sich in Berlin seit 1998 quantitativ nicht verändert, in Brandenburg ist es allerdings in diesem Zeitraum um 5 Prozentpunkte (von 19% auf 24%) angewachsen. Gewerkschaftsmitglieder neigen insgesamt etwas stärker zum Rechtsextremismus als Unorganisierte. In Berlin beträgt der Unterschied einen Prozentpunkt, in Brandenburg vier. Für Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder gilt gleichermaßen, dass die Brandenburger etwa zweieinhalb Mal so anfällig für Rechtsextremismus sind wie die Berliner.

Rechtsextreme Einstellungen sind vor allem in der Unterschicht weit verbreitet, der rund die Hälfte der Befragten zuzurechnen ist. Betrachtet man nur die Unterschicht, dann sind Frauen häufiger rechtsextrem eingestellt als Männer. Diese Geschlechterdifferenz fällt bei Gewerkschaftsmitgliedern wesentlich größer aus als bei Nicht-Mitgliedern. Gewerkschafterinnen tendieren nahezu doppelt so stark zum Rechtsextremismus wie männliche Gewerkschaftsmitglieder. Wegen des im Vergleich zu Berlin höheren Ausgangsniveaus zählen in Brandenburg weit über die Hälfte der Gewerkschafterinnen aus der Unterschicht zum rechtsextremen Einstellungspotenzial.

- ▶ Bei Gewerkschaftsmitgliedern in den Gebieten der Region, die früher zur DDR gehörten, findet sich eine beachtliche Schnittmenge von extrem rechten und extrem linken Denkfiguren. Dafür verwenden wir die Bezeichnung "**altsozialistisch-rechtsextreme Einstellungen**". Über derartige Einstellungen verfügen 10 Prozent der Brandenburger und sogar 18 Prozent der dortigen Gewerkschaftsmitglieder.
- ▶ Die **Unzufriedenheit** in der Region hat beträchtliche Ausmaße angenommen. Unzufrieden mit der Demokratie sind (in Klammern die Anteile für Gewerkschaftsmitglieder) 67 (70) Prozent der Befragten, als unzufrieden mit der Gesellschaftsordnung erweisen sich 56 (63) Prozent. Wirtschaftlichen Zukunftspessimismus äußern 43 (44) Prozent, und relative Deprivation beklagen 24 (27) Prozent. Mit Ausnahme des Zukunftspessimismus ist die Unzufriedenheit in Brandenburg größer als in Berlin, und zwar bei Organisierten und bei Unorganisierten. Gewerkschaftsmitglieder sind zwar unzufriedener als Nicht-Mitglieder, aber die Abweichungen sind zumeist relativ gering. Erst wenn nach Geschlechtern unterschieden wird, offenbaren sich erhebliche Differenzen: Unzufrieden sind

vor allem Frauen in den Untersuchungsgebieten, die früher zur DDR gehörten, und zwar mehr noch die organisierten als die unorganisierten.

Dass kritische Gewerkschaftsmitglieder unzufriedener sind als zufriedene Gewerkschaftsmitglieder, klingt tautologisch, ist es aber nicht. Denn die Zufriedenheit bezieht sich auf die instrumentelle und moralische Bewertung der Gewerkschaften, nicht aber auf die Beurteilung der politischen und sozioökonomischen Verhältnisse. Offenbar machen die kritischen Mitglieder auch die Gewerkschaften für ihre Frustration verantwortlich.

Insgesamt lassen die hier behandelten Einstellungen die Schlussfolgerung zu, dass Gewerkschaften in den Augen ihrer Mitglieder nicht nur reine Interessenorganisationen darstellen. **Vielmehr findet das Selbstverständnis der Gewerkschaften als Wertegemeinschaft mit allgemeinpolitischem Anspruch auch im politischen Denken vieler Mitglieder seinen Niederschlag.**

Die relevanten Daten zur Beurteilung der **Spiegelbildthese** sind in den Tabellen 48 und 49 zusammengefasst und ergeben sich aus Grafik 1 für die Wertorientierungen²³. Wenn die Schwankungsbreite des "Normalwerts" auf +/-20 Prozent festgelegt wird, dann gilt die Spiegelbildthese in der Region insgesamt nicht für Wertorientierungen, nicht für traditionalistisch-sozialistische Einstellungen und nicht für altsozialistisch-rechtsextreme Einstellungen. Auch hinsichtlich der Sozialstruktur wurden teilweise erhebliche Abweichungen festgestellt. Lässt man die Unterscheidung zwischen Berlin und Brandenburg zu, dann trifft sie in Berlin nicht auf das linke Selbstverständnis und in Brandenburg nicht auf die Demokratieverdrossenheit zu.

Wenn allerdings die Gewerkschaftsmitglieder nur aus Frauen bestünden, träten häufiger (und oft auch größere) Unterschiede zum Bevölkerungsdurchschnitt auf. Dies könnte genauso gut auf weitere Mitgliedergruppen zutreffen, die hier nicht analysiert wurden. Daraus ergibt sich, **dass Gewerkschaften vermutlich weder ein Spiegelbild der Gesellschaft noch ein Subsystem mit gleichartigen politischen Orientierungen darstellen.**

Letzteres hängt sicherlich auch damit zusammen, dass in der Region zwei verschiedenartige historisch-gesellschaftliche Traditionen und daraus folgend zwei unterschiedliche Sozialisationstypen aufeinander treffen. Allerdings sollte die "Kontinuitätsthese" auch nicht überstrapaziert werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit

23 Siehe dazu auch S. 17 f.

würde eine entsprechende Befragung aller Gewerkschaftsmitglieder in der Bundesrepublik ebenfalls zu dem Ergebnis gelangen, dass Gewerkschaftsmitglieder nicht durch ein gemeinsames Überzeugungssystem geprägt sind.

Dass gewerkschaftlich organisierte **Frauen** zumeist stärker vom Bevölkerungsquerschnitt abweichen, gilt schließlich auch für Berlin, oft auch für West-Berlin. Dabei spielt vermutlich nicht nur die Systemherkunft eine Rolle, sondern auch die Betroffenheit vom Systemwechsel, vom sozialen und technologischen Wandel und von der Globalisierung. Bei allen Auswertungen, die für diesen Bericht durchgeführt worden und die aus Platzgründen oft gar nicht erwähnt worden sind, haben sich die (organisierten und unorganisierten) Frauen als eine besonders auffällige Gruppe erwiesen. Sie sehen sich offenbar als hauptsächliche Verliererinnen des derzeitigen sozioökonomischen Umbruchs, sind besonders frustriert und neigen in hohem Ausmaß zu "radikalen" Einstellungen. Das gilt vor allem für Frauen in Brandenburg, für gewerkschaftlich organisierte Frauen und für Frauen aus der Unterschicht. **Daher stellen Frauen (insbesondere auch einfache Angestellte) eine besonders wichtige und wohl auch aussichtsreiche Zielgruppe für gewerkschaftliche Politik, Mobilisierung und Mitgliederrekrutierung dar.**

Adressaten gewerkschaftlicher **Zielgruppenpolitik** sind vor allem auch jene 13 Prozent der Befragten, die wir als **Sympathisanten** bezeichnen. Sie beurteilen die Gewerkschaften sogar besser als die kritischen Mitglieder und stehen ihnen hinsichtlich ihrer grundlegenden politischen Einstellungen sehr nahe. Unter den Sympathisanten scheinen uns zwei Gruppen besondere Aufmerksamkeit zu verdienen: **Arbeitslose** und **junge Leute**. Beide sind zwar unterdurchschnittlich organisiert, sympathisieren aber überdurchschnittlich mit den Gewerkschaften. Offenbar haben sie den Eindruck, dass sich die Gewerkschaften zu wenig um ihre Belange kümmern.

Skalen und Indizes

Die **Instruktion** für Rechtsextremismus, Traditionalistischer Sozialismus, Gemäßigter Sozialismus und Frauendiskriminierung lautet:

Ich lese Ihnen nun einige Aussagen vor, die unterschiedliche Personen in Voruntersuchungen über ihr Verhältnis zum politischen Geschehen getroffen haben. Uns interessiert Ihre persönliche Meinung zu diesen Aussagen. Bitte bewerten Sie diese Aussagen auf einer Skala von 1 bis 7. 1 bedeutet "stimmt überhaupt nicht", und 7 bedeutet "stimmt völlig". Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Statements der Skala **Rechtsextremismus**:

- Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.
- Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich Ausländern vorgezogen werden.
- Deutschland sollte wieder eine führende Rolle in der Welt übernehmen.
- Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.
- Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.
- Ausländer sollten so schnell wie möglich Deutschland verlassen.

Spannweite: 6-40 [theoret. Maximum: 42]

Mittelwert: 24

Potenzial: 25-40

Statements der Skala **Traditionalistischer Sozialismus**:

- Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
- Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
- Die Bundesrepublik entwickelt sich immer mehr zu einem faschistischen Staat.
- Was uns fehlt, ist eine wirklich linke Partei, die konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.
- Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genau so viel zu sagen haben, wie die Unternehmer.

Spannweite: 6-42

Mittelwert: 24

Potenzial: 25-42

Tabelle: Schwach: 6-14

Mittel: 15-24

Stark: 25-42 (= Potenzial)

Statements des Index **Gemäßigter Sozialismus:**

- Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
- Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen Besitzenden und Arbeitenden. Die persönliche Stellung hängt davon ab, ob man zu der oberen oder unteren Klasse gehört.

Spannweite: 3-21
Mittelwert: 12
Potenzial: 13-21
Tabelle: Schwach: 3-9
Mittel: 10-15
Stark: 16-21

Anmerkungen zu traditionalistischen und gemäßigtem Sozialismus:

Mit der Skala Traditionalistischer Sozialismus (TradSoz) sollen Einstellungen gemessen werden, die der Mentalität der Anhänger von Parteien wie der SED, der SEW oder der DKP, also der Verfechter des seinerzeitigen "real existierenden Sozialismus" entsprechen. Die Skala erfasst keine anarchistischen Einstellungen (die sich vom Traditionalistischen Sozialismus stark unterscheiden) und steht daher auch nicht für linksextrêmes Denken (das vermutlich als geschlossenes Einstellungsmuster überhaupt nicht existiert). Die drei Statements (Variablen), die eher für gemäßigt sozialistische Vorstellungen typisch sind, laden in einer Faktorenanalyse auf einem zweiten Faktor. Sie wurden zum Index Gemäßigter Sozialismus zusammen gefasst. Die Skala TradSoz entspricht zwar in vollem Umfang den üblichen Reliabilitätskriterien und wurde auch durch Außenkriterien kontrolliert. Eine Validierung durch Wiederholungsbefragungen konnte bislang jedoch nicht vorgenommen werden.

Statements der Skala **Geschlechtsrollenorientierung (Frauendiskriminierung):**

- Der Mann sollte in einer Familie für alle größeren Entscheidungen verantwortlich und zuständig sein.
- Es ist für eine Frau wichtiger, den Ehemann bei seiner Karriere zu unterstützen, als selbst Karriere zu machen.
- In einer Gruppe mit weiblichen und männlichen Mitgliedern sollte ein Mann die Führungsposition innehaben.
- Es ist für eine Frau wichtiger, eine gute Figur zu haben und gut gekleidet zu sein, als für einen Mann.
- Es ist nicht gut, wenn ein Mann zu Hause bleibt und die Kinder versorgt und seine Frau arbeitet.
- Es wirkt lächerlich, wenn Jungen mit Puppen spielen.
- Frauen sollten keine traditionellen Männerberufe wie Maurer oder Pilot ergreifen.

Spannweite: 6-42
Mittelwert: 24
Potenzial: 25-42
Tabelle: Schwach: 6-14
Mittel: 15-24
Stark: 25-42 (= Potenzial)

Einstellungen zur Demokratie:

Instruktion: Die drei folgenden Fragen beschäftigen sich mit der Demokratie. Zunächst geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die Idee der Demokratie.

Frage: Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen. Nehmen Sie dazu bitte die folgende Skala. Sind Sie

sehr für die Idee der Demokratie
ziemlich für die Idee der Demokratie
etwas für die Idee der Demokratie
etwas gegen die Idee der Demokratie
ziemlich gegen die Idee der Demokratie
sehr gegen die Idee der Demokratie
weiß nicht
k.A.

Instruktion: Nun geht es um die Demokratie in der Bundesrepublik.

Frage: Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit

sehr zufrieden
eher zufrieden
eher unzufrieden
sehr unzufrieden
weiß nicht
k.A.

Frage: Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert? Sind Sie damit

sehr zufrieden
eher zufrieden
eher unzufrieden
sehr unzufrieden
weiß nicht
k.A.

Zufriedene sind mit den verfassungsmäßigen Grundlagen und mit dem tatsächlichen Funktionieren der Demokratie zufrieden.

Politikverdrossene sind zwar mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie zufrieden, mit ihrem tatsächlichen Funktionieren jedoch unzufrieden.

Demokratieverdrossene sind mit den verfassungsmäßigen Grundlagen der Demokratie und mit ihrem Funktionieren unzufrieden.

(Eine sehr kleine Gruppe von Befragten ist mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, nicht aber mit ihren verfassungsmäßigen Grundlagen. Sie wurde den Politikverdrossenen zugerechnet.)

Relative Deprivation:

Frage: *Unabhängig davon, wie gerecht es in einer Gesellschaft zugeht, gibt es bevorzugte und benachteiligte Menschen oder Bevölkerungsgruppen. Was meinen Sie: Gehören Sie selbst zu den Menschen oder zu einer Bevölkerungsgruppe, die in unserer Gesellschaft*

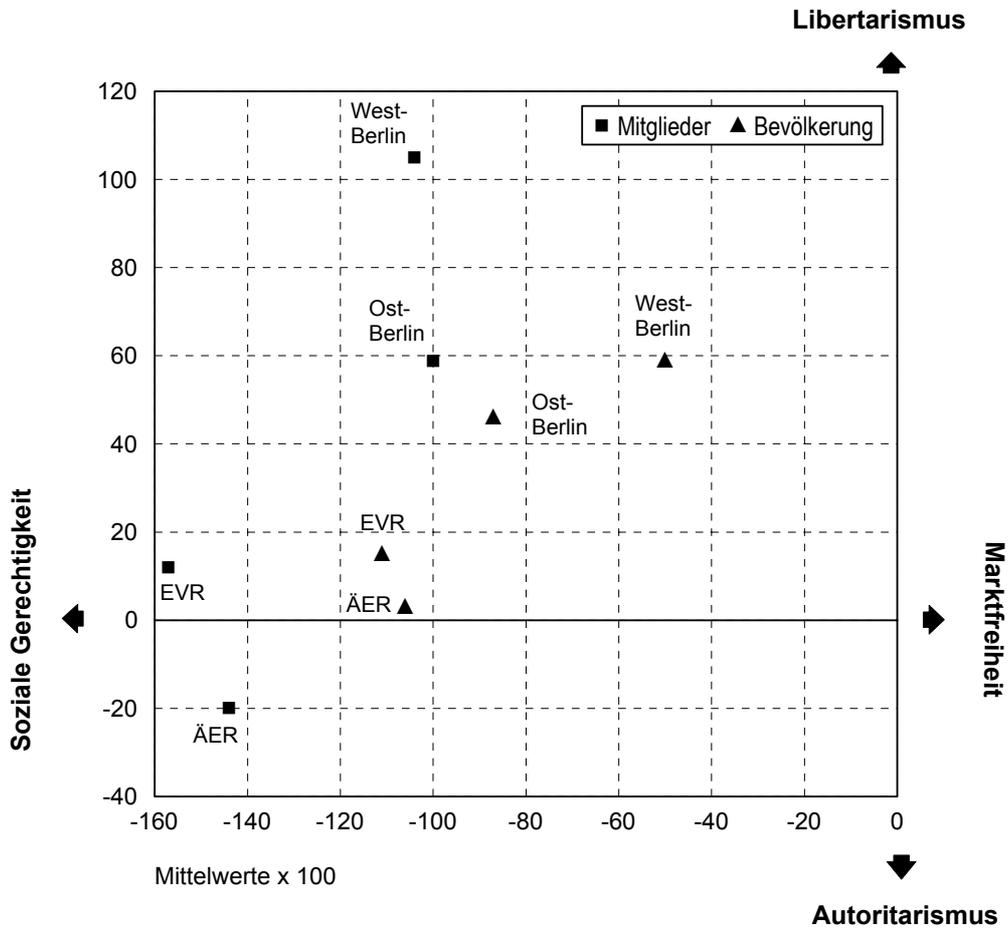
eher benachteiligt wird,
die weder benachteiligt noch bevorzugt wird
oder die eher bevorzugt wird?
weiß nicht
k.A.

[in Tabellen: Ja]
[in Tabellen: Teils-teils"]
[in Tabellen: Nein"]

Anhang

Grafiken und Tabellen

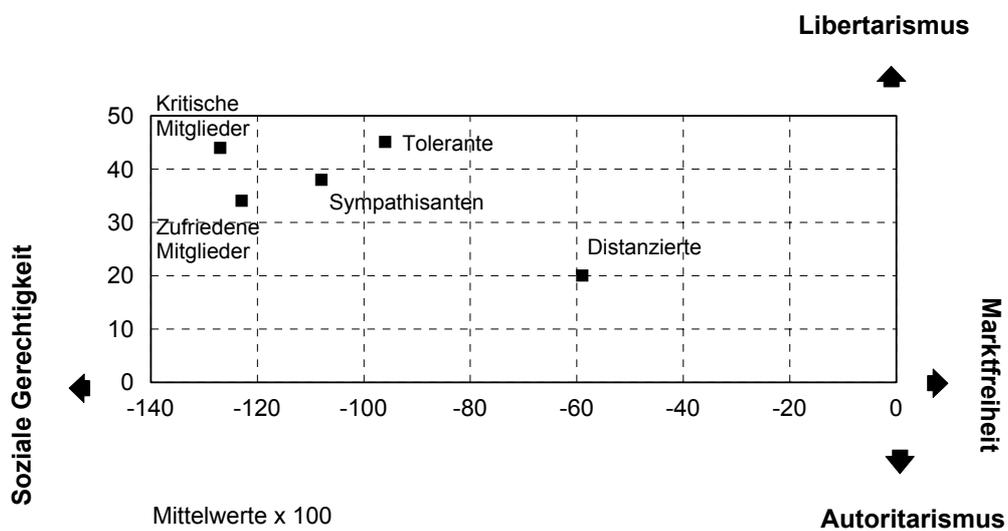
Grafik 1:
Wertorientierungen der Bevölkerung und der
Gewerkschaftsmitglieder in West-Berlin,
in Ost-Berlin, im EVR und im ÄER Brandenburgs 2002



EVR = Engerer Verflechtungsraum
ÄER = Äußerer Entwicklungsraum

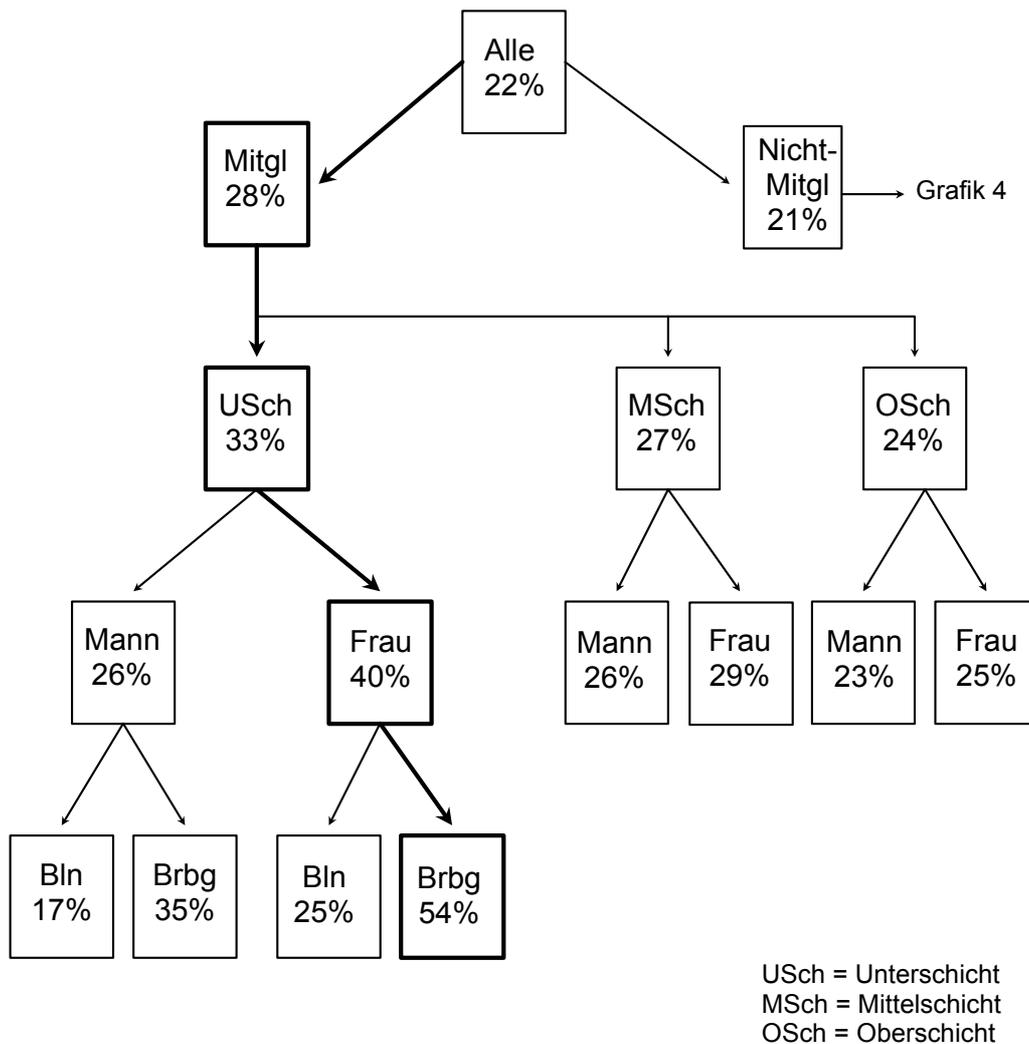
Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Grafik 2:
Wertorientierungen der Bevölkerung nach ihrer Nähe
zu den Gewerkschaften in der Region
Berlin-Brandenburg 2002



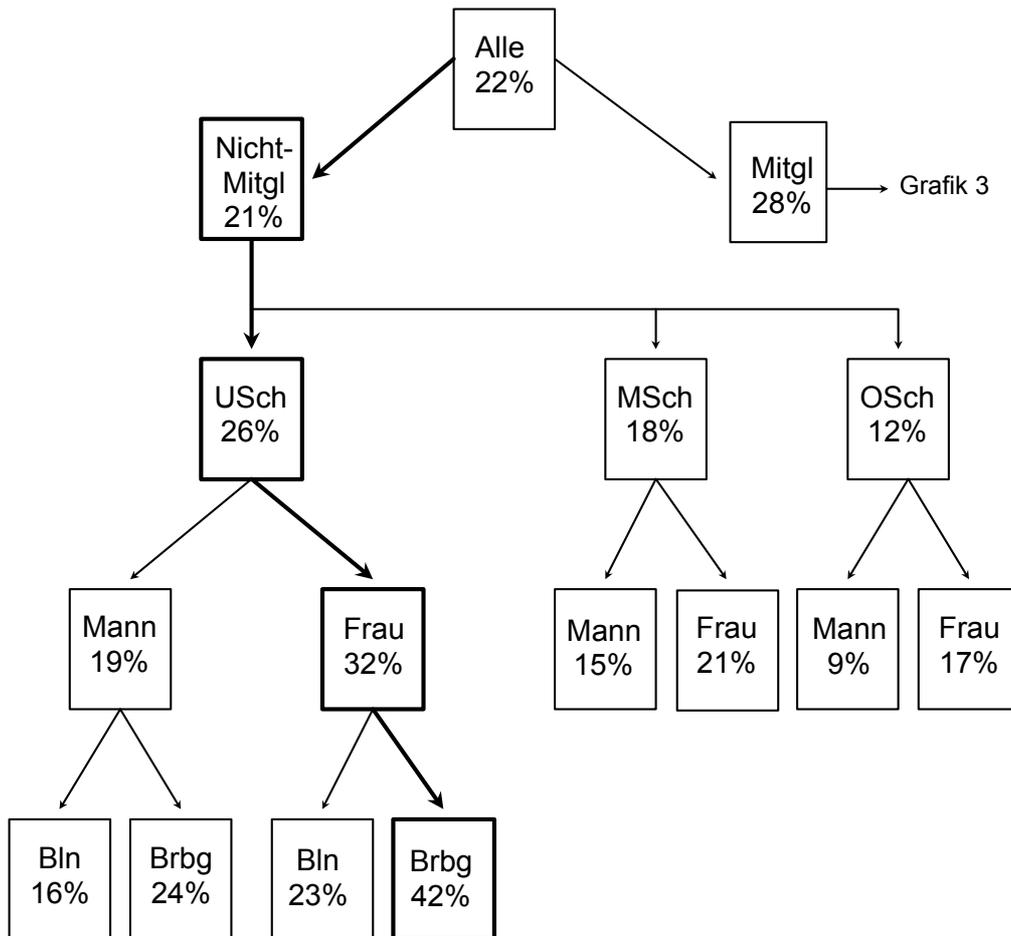
Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Grafik 3:
Traditionalistisch-sozialistische Einstellungen bei
Gewerkschaftsmitgliedern nach Schicht, Geschlecht
und Land in der Region Berlin-Brandenburg 2002



Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906;
Datenquelle: forsa.

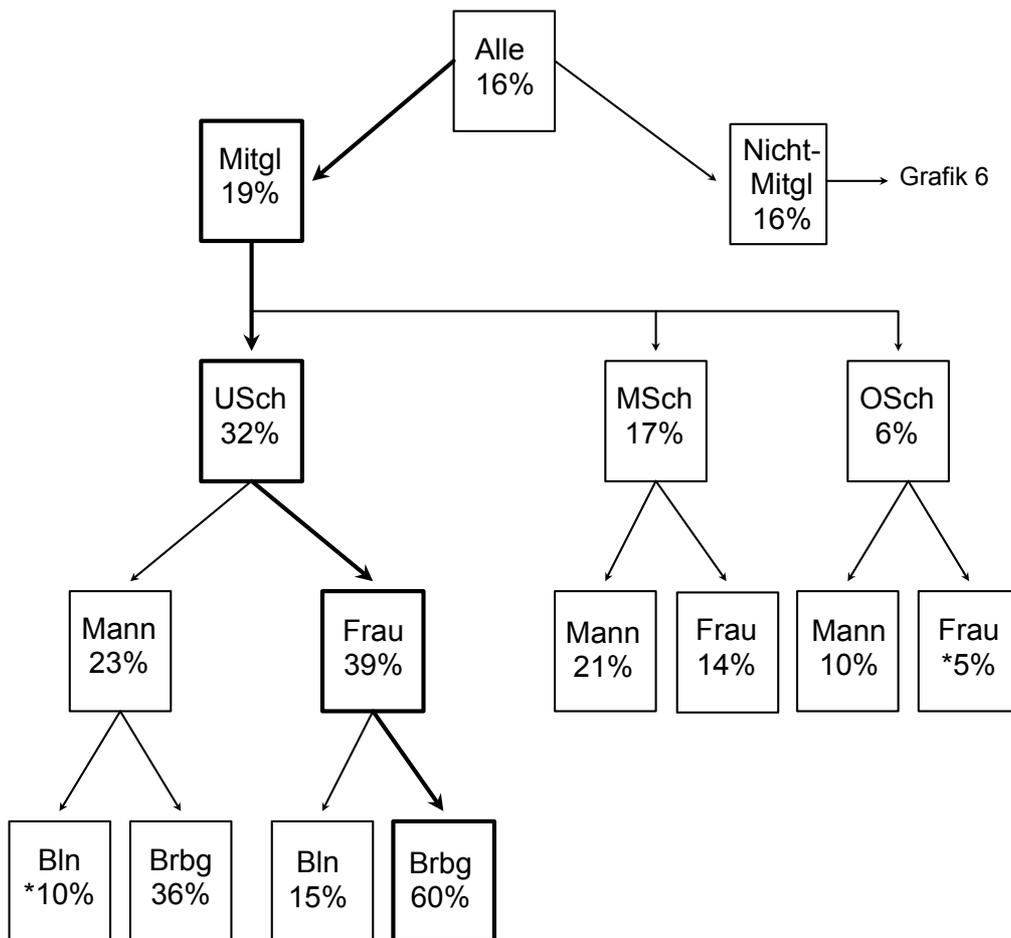
Grafik 4:
Traditionalistisch-sozialistische Einstellungen bei
Befragten, die keiner Gewerkschaft angehören, nach
Schicht, Geschlecht und Land in der Region
Berlin-Brandenburg 2002



USch = Unterschicht
MSch = Mittelschicht
OSch = Oberschicht

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002;
n=1906;
Datenquelle: forsa.

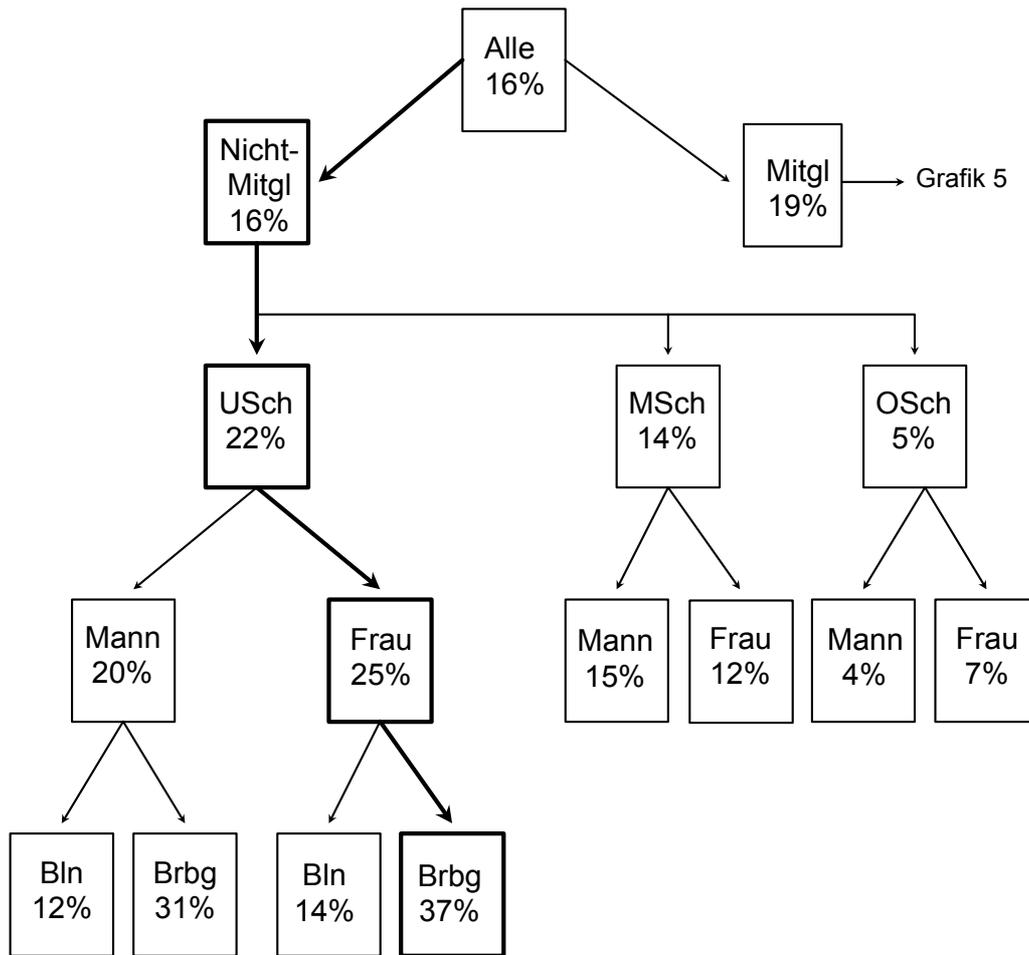
Grafik 5:
Rechtsextreme Einstellungen bei Gewerkschafts-
mitgliedern nach Schicht, Geschlecht und Land in der
Region Berlin-Brandenburg 2002



USch = Unterschicht
MSch = Mittelschicht
OSch = Oberschicht
* Geringe Fallzahlen

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906;
Datenquelle: forsa.

Grafik 6:
Rechtsextreme Einstellungen von Befragten, die keiner Gewerkschaft angehören, nach Schicht, Geschlecht und Land in der Region Berlin-Brandenburg 2002



Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002;
n=1906;
Datenquelle: forsa.

USch = Unterschicht
MSch = Mittelschicht
OSch = Oberschicht

Tabelle 1: Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Befragten in Berlin und Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Berlin	Brandenburg
Ja, nur ich selbst	13	15
Ja, jemand anderes	5	6
Ja, ich selbst und jemand anderes	2	3
Nein, niemand	79	75
Keine Antwort	1	1

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Frage: "Sind Sie selbst oder jemand anderes in Ihrem Haushalt Mitglied einer Gewerkschaft?"

Tabelle 2: Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den Befragten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Ja, nur ich selbst	13	13	14	16
Ja, jemand anderes	6	4	6	7
Ja, ich selbst und jemand anderes	3	2	3	3
Nein, niemand	78	80	77	74
Keine Antwort	0	1	0	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Frage: "Sind Sie selbst oder jemand anderes in Ihrem Haushalt Mitglied einer Gewerkschaft?"

Tabelle 3: Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder und der Personen, die in einem Gewerkschaftshaushalt leben, an den Befragten in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (%)

	Gewerkschaftsmitglieder	Gewerkschaftshaushalte
Region insgesamt	17	23
Berlin	16	21
West-Berlin	15	22
Ost-Berlin	16	20
Brandenburg	18	24
EVR	17	22
ÄER	19	25

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.
EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Tabelle 4: Gewerkschaftsmitglieder nach Berufs- bzw. Erwerbsgruppen in Berlin, Brandenburg und in der Region insgesamt im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung in der Region insgesamt 2002 (Spaltenprozent)				
	Gewerkschaftsmitglieder			Bevölkerung
	Berlin	Brandenburg	Insgesamt	
Einfache Arbeiter	6	4	5	4
Facharbeiter	19	25	22	10
Einfache Angestellte	22	16	19	14
Verantwortliche Angestellte	14	16	15	12
Beamte	11	5	8	3
Selbständige*	1	0	1	5
Arbeitslose	5	12	8	9
Nichterwerbspersonen	22	22	22	43
darunter: Rentner	17	17	17	25
Sonstige	5	5	5	18

Tabelle 5: Gewerkschaftsmitglieder nach Berufs- bzw. Erwerbsgruppen in Berlin, Brandenburg und in der Region insgesamt im Vergleich zur wahlberechtigten Bevölkerung in der Region insgesamt 2002 (Spaltenprozent)				
Nur Erwerbspersonen!				
	Gewerkschaftsmitglieder			Bevölkerung
	Berlin	Brandenburg	Insgesamt	
Einfache Arbeiter	7	5	6	6
Facharbeiter	24	32	28	18
Einfache Angestellte	28	20	25	24
Verantwortliche Angestellte	18	21	19	21
Beamte	14	6	10	6
Selbständige*	2	0	1	8
Arbeitslose	7	16	11	17

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa. * Geringe Fallzahlen.

Tabelle 6: Der Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern an ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin, Brandenburg und in der Region insgesamt 2002 (%)			
	Berlin	Brandenburg	Insgesamt
Männer	16	19	17
Frauen	15	18	16
18-24	4	5	4
25-34	10	11	10
35-44	19	23	21
45-54	28	26	27
55-64	19	24	21
65-74	9	10	9
75-	8	6	7
Einfache Arbeiter	27	18	23
Facharbeiter	40	32	35
Einfache Angestellte	27	20	24
Verantwortliche Angestellte	16	29	21
Beamte	39	33	38
Selbständige*	4	0	2
Arbeitslose	9	21	15
Nichterwerbspersonen	8	8	8
darunter: Rentner	11	12	11
Sonstige	3	6	4
Alle Befragten (Durchschnitt)	16	18	17

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Lesebeispiel: In der Region Berlin-Brandenburg ("insgesamt") sind 23 Prozent der einfachen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. In Berlin sind es 27 Prozent, in Brandenburg 18 Prozent. Da in der Region 17 Prozent der Befragten einer Gewerkschaft angehören ("Durchschnitt"), sind die einfachen Arbeiter überdurchschnittlich organisiert (+6 Prozentpunkte). In Brandenburg entspricht der Organisationsgrad der einfachen Arbeiter dem Landesdurchschnitt (jeweils 18%). In Berlin sind 16 Prozent der Befragten, aber 27 Prozent der einfachen Arbeiter Mitglied einer Gewerkschaft. Ihr Organisationsgrad übertrifft den Durchschnitt also um 11 Prozentpunkte. *Fazit:* Die einfachen Arbeiter sind in Berlin überdurchschnittlich, in Brandenburg aber nur durchschnittlich organisiert.

Tabelle 7: Vertrauen in Gewerkschaften in Berlin und Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)		
	Berlin	Brandenburg
Vertraue überhaupt nicht	11	11
Vertraue eher nicht	16	11
Vertraue teilweise	44	46
Vertraue weitgehend	22	23
Vertraue voll und ganz	4	6
Weiß nicht	2	3
Keine Antwort	1	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Frage: "Unabhängig davon, ob Sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind oder nicht, würde ich nun gerne wissen, ob Sie den Gewerkschaften vertrauen."

Tabelle 8: Interessenvertretung durch Gewerkschaften in Berlin und Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)		
	Berlin	Brandenburg
Stehen Interessen vollständig entgegen	7	5
Stehen Interessen teilweise entgegen	15	11
Weder - noch	24	26
Vertreten Interessen teilweise	37	42
Vertreten Interessen vollständig	10	11
Weiß nicht	6	4
Keine Antwort	1	1

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Frage: "Sagen Sie mir nun bitte, ob die Gewerkschaften Ihre Interessen vertreten oder ob sie Ihren Interessen entgegen stehen."

Tabelle 9: Vertrauen in Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin und Brandenburg 2002 (%)				
	Ja ^{a)}		Nein ^{b)}	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Männer	30	29	28	28
Frauen	23	30	27	19
18-24	33	38	14	22
25-34	28	29	28	17
35-44	31	27	23	27
45-54	24	27	28	28
55-64	22	29	35	22
65-74	26	35	31	19
75-	15	27	39	12
Niedrige Bildung	24	33	30	20
Mittlere Bildung	28	27	29	23
Hohe Bildung	27	29	22	28
Niedriges Einkommen	26	29	25	16
Mittleres Einkommen	29	31	33	24
Hohes Einkommen	30	29	26	29
Alle Befragten (Durchschnitt)	26	29	27	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

- a) Vertraue weitgehend bzw. voll und ganz; **fett**: überdurchschnittliche Anteile (ab 10%).
 b) Vertraue eher nicht bzw. überhaupt nicht; **fett**: überdurchschnittliche Anteile (ab 10%).

Lesebeispiel: In Berlin vertrauen den Gewerkschaften 30 Prozent der befragten Männer, 28 Prozent der Männer bringen ihnen kein Vertrauen entgegen, misstrauen ihnen also. Der Rest, 42 Prozent, ist in der Tabelle nicht ausgewiesen. Er hat entweder mit "teilweise" geantwortet oder sich überhaupt nicht geäußert. Da im Durchschnitt 26 Prozent der Berliner den Gewerkschaften vertrauen, übertrifft das Vertrauen der Männer den Durchschnitt um 4 *Prozentpunkte*. Bezogen auf den Ausgangswert von 26 machen diese 4 Prozentpunkte 15 *Prozent* aus. Der Prozentanteil der den Gewerkschaften vertrauenden Männer liegt also 15 Prozent über dem Durchschnitt. Da alle Anteile, die den Durchschnittswert der jeweiligen Spalte um 10 Prozent oder mehr übertreffen, fett gesetzt sind, erscheint der Wert 30 der Männer im Fettdruck. Dies gilt nicht für die 28 Prozent der Berliner Männer, die den Gewerkschaften misstrauen. Denn die Prozentpunktdifferenz zum Durchschnitt (27) beträgt 1, und daher liegt die prozentuale Abweichung vom Durchschnitt (4%) unter der für den Fettdruck maßgeblichen 10 Prozent-Marke.

Tabelle 10: Vertrauen in Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Ja ^{a)}		Nein ^{b)}	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Arbeitslose	21	25	22	28
Einfache Arbeiter	33	25	15	19
Facharbeiter	38	38	31	24
Einfache Angestellte	29	27	22	16
Verantwortliche Angestellte	26	31	28	28
Beamte	28	39	26	24
Selbständige	11	18	49	58
Rentner	22	31	34	20
Unterschicht	27	31	28	16
Mittelschicht	29	28	27	29
Oberschicht	30	30	28	27
Alle Befragten (Durchschnitt)	26	29	27	22

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

- a) Vertraue weitgehend bzw. voll und ganz; **fett**: überdurchschnittliche Anteile (ab 10%).
 b) Vertraue eher nicht bzw. überhaupt nicht; **fett**: überdurchschnittliche Anteile (ab 10%).

Vgl. das *Lesebeispiel* zu Tabelle 9.

Tabelle 11: Interessenvertretung durch Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin und Brandenburg 2002 (%)				
	Ja ^{a)}		Nein ^{b)}	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Männer	50	53	26	19
Frauen	52	59	20	15
18-24	58	53	17	10
25-34	47	61	24	17
35-44	56	54	23	24
45-54	52	59	26	16
55-64	53	62	23	14
65-74	44	47	25	18
75-	36	44	24	6
Niedrige Bildung	53	56	25	16
Mittlere Bildung	49	59	24	18
Hohe Bildung	47	54	19	17
Niedriges Einkommen	48	55	24	17
Mittleres Einkommen	50	59	24	16
Hohes Einkommen	55	55	22	18
Alle Befragten (Durchschnitt)	47	53	22	16

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

- a) Vertreten Interessen teilweise bzw. vollständig; fett: überdurchschnittliche Anteile (ab 10%).
 b) Stehen Interessen teilweise bzw. vollständig entgegen; **fett**: überdurchschnittliche Anteile (ab 10%).

Vgl. das *Lesebeispiel* zu Tabelle 9.

Tabelle 12: Interessenvertretung durch Gewerkschaften bei ausgewählten sozialen Gruppen in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Ja ^{a)}		Nein ^{b)}	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Arbeitslose	46	66	29	22
Einfache Arbeiter	55	53	21	19
Facharbeiter	52	66	32	13
Einfache Angestellte	70	64	16	16
Verantwortliche Angestellte	49	59	27	20
Beamte	59	73	18	14
Selbständige	21	21	40	47
Rentner	45	49	23	14
Unterschicht	51	56	25	17
Mittelschicht	57	59	20	18
Oberschicht	45	56	23	17
Alle Befragten (Durchschnitt)	47	53	22	16

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

- a) Vertreten Interessen teilweise bzw. vollständig; **fett**: überdurchschnittliche Anteile (ab 10%).
 b) Stehen Interessen teilweise bzw. vollständig entgegen; **fett**: überdurchschnittliche Anteile (ab 10%).

Vgl. das *Lesebeispiel* zu Tabelle 9.

Tabelle 13: Soziale Gruppen, die den Gewerkschaften überdurchschnittlich stark misstrauen und die überdurchschnittlich häufig glauben, dass Gewerkschaften ihre Interessen nicht vertreten in Berlin und Brandenburg 2002^{a)}

	Kein Vertrauen		Keine Interessenvertretung	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Männer		X	X	X
Frauen				
18-24				
25-34				
35-44		X		X
45-54		X	X	
55-64	X			
65-74	X		X	X
75-	X			
Niedrige Bildung	X		X	
Mittlere Bildung				X
Hohe Bildung		X		
Niedriges Einkommen				
Mittleres Einkommen	X			
Hohes Einkommen		X		X

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Vertraue Gewerkschaften eher nicht bzw. überhaupt nicht; Gewerkschaften stehen Interessen teilweise bzw. vollständig entgegen. Ab 10% über dem Durchschnitt.

Lesehilfe: Diese Tabelle enthält die "Nein"-Spalten der Tabellen 9 und 11 zum Vergleich. Ausgewiesen sind nur die fett gesetzten Werte, und zwar als Kreuz. Wenn eine soziale Gruppe in einer Spalte mit einem Kreuz gekennzeichnet ist, bedeutet das, dass sie in dem entsprechenden Land den Gewerkschaften deutlich überdurchschnittlich misstraut bzw. deutlich überdurchschnittlich der Auffassung ist, dass Gewerkschaften ihren Interessen entgegen stehen. "Deutlich überdurchschnittlich" heißt, dass der Unterschied zum entsprechenden Durchschnitt 10 Prozent oder mehr ausmacht.

Tabelle 14: Soziale Gruppen, die den Gewerkschaften überdurchschnittlich stark misstrauen und die überdurchschnittlich häufig glauben, dass Gewerkschaften ihre Interessen nicht vertreten in Berlin und Brandenburg 2002^{a)}

	Kein Vertrauen		Keine Interessenvertretung	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Arbeitslose		X	X	X
Einfache Arbeiter				X
Facharbeiter	X		X	
Einfache Angestellte				
Verantwortliche Angestellte		X	X	X
Beamte				
Selbständige	X	X	X	X
Rentner				
Unterschicht			X	
Mittelschicht		X		X
Oberschicht		X		

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Vertraue Gewerkschaften eher nicht bzw. überhaupt nicht; Gewerkschaften stehen Interessen teilweise bzw. vollständig entgegen. Ab 10% über dem Durchschnitt.

Lesehilfe: Diese Tabelle enthält die "Nein"-Spalten der Tabellen 10 und 12 zum Vergleich. Ausgewiesen sind nur die fett gesetzten Werte, und zwar als Kreuz. Wenn eine soziale Gruppe in einer Spalte mit einem Kreuz gekennzeichnet ist, bedeutet das, dass sie in dem entsprechenden Land den Gewerkschaften deutlich überdurchschnittlich misstraut bzw. deutlich überdurchschnittlich der Auffassung ist, dass Gewerkschaften ihren Interessen entgegen stehen. "Deutlich überdurchschnittlich" heißt, dass der Unterschied zum entsprechenden Durchschnitt 10 Prozent oder mehr ausmacht.

Tabelle 15: Vertrauen in Gewerkschaften bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Mitglied		Kein Mitglied	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Vertraue überhaupt nicht	*1	*0	13	14
Vertraue eher nicht	7	6	18	12
Vertraue teilweise	44	42	45	47
Vertraue weitgehend	40	39	18	20
Vertraue voll und ganz	8	13	3	4

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Zu 100% fehlende Werte: Weiß nicht, keine Antwort.

* Geringe Fallzahlen.

Lesebeispiel: In Berlin vertrauen 8 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, aber nur 3 Prozent der Nicht-Mitglieder den Gewerkschaften voll und ganz.

Tabelle 16: Interessenvertretung durch Gewerkschaften bei Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Mitglied		Kein Mitglied	
	Bln	Brbg	Bln	Brbg
Stehen Interessen vollständig entgegen	*1	*1	8	6
Stehen Interessen teilweise entgegen	16	5	15	12
Weder - noch	10	14	26	29
Vertreten Interessen teilweise	53	49	35	41
Vertreten Interessen vollständig	20	29	8	7

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Zu 100% fehlende Werte: Weiß nicht, keine Antwort.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 17: Die Befragten nach ihrer Nähe zu den Gewerkschaften in Berlin und Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Berlin	Brandenburg
Zufriedene Mitglieder	7	8
Kritische Mitglieder	8	10
Sympathisanten	12	13
Tolerante	23	23
Distanzierte	50	46

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 18: Die Befragten nach ihrer Nähe zu den Gewerkschaften in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Zufriedene Mitglieder	7	7	7	8
Kritische Mitglieder	8	9	9	10
Sympathisanten	12	13	15	13
Tolerante	20	26	24	23
Distanzierte	53	45	45	46

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.
 EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Tabelle 19: Ausgewählte soziale Gruppen nach ihrer Nähe zu den Gewerkschaften in der Region Berlin – Brandenburg 2002 (Zeilenprozent)					
	Zufr Mitgl	Krit Mitgl	Sympathis	Tolerante	Distanzierte
Männer	7	10	14	23	46
Frauen	8	8	12	23	49
Arbeitslose	6	9	15	24	46
Einfache Arbeiter	9	14	14	26	37
Facharbeiter	16	19	17	17	31
Einfache Angestellte	11	13	13	27	36
Verantw Angestellte	10	11	13	19	47
Beamte	15	22	15	12	36
Selbständige	0	*2	7	13	78
Rentner	5	6	11	21	57
Alle Befragten	8	9	13	23	47

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 20: Altersgruppen nach ihrer Nähe zu den Gewerkschaften in der Region Berlin – Brandenburg 2002 (Zeilenprozent)					
	Zufr Mitgl	Krit Mitgl	Sympathis	Tolerante	Distanzierte
18-24	3	*1	16	32	48
25-34	4	6	14	31	45
35-44	8	13	17	18	44
45-54	12	15	10	19	44
55-64	11	10	11	22	46
65-74	6	4	11	23	56
75-	*4	*4	11	17	64
Alle Befragten	8	9	13	23	47

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 21: Zufriedene und kritische Gewerkschaftsmitglieder in der Region Berlin - Brandenburg 2002 (Zeilenprozent)		
	Zufriedene Mitglieder	Kritische Mitglieder
Männer	44	56
Frauen	48	52
Arbeitslose	39	61
Einfache Arbeiter	40	60
Facharbeiter	46	54
Einfache Angestellte	45	55
Verantwortliche Angestellte	47	53
Beamte	42	58
Rentner	49	51
Alle Mitglieder	46	54

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 22: Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Nähe zu den Gewerkschaften in der Region Berlin - Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Links	M-L	M-R	Rechts
Zufriedene Mitglieder	10	8	5	*2
Kritische Mitglieder	9	9	8	8
Sympathisanten	15	12	10	13
Tolerante	26	25	16	15
Distanzierte	40	46	61	62

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 23: Links-Rechts-Selbsteinstufung der männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitglieder in Berlin und Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Berlin		Brandenburg	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Links	40	35	16	36
Mitte-Links	45	54	64	57
Mitte-Rechts	12	10	13	7
Rechts*	3	1	7	0

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 24: Links-Rechts-Selbsteinstufung nach traditionalistisch-sozialistischem Einstellungspotenzial in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Links	29	36
Mitte-Links	11	26
Mitte-Rechts	6	27
Rechts	20	30

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: Von den Befragten in Berlin, die sich selbst als links einstufen, zählen 29 Prozent zum traditionalistisch-sozialistischen Einstellungspotenzial, in Brandenburg sind es 36 Prozent.

Tabelle 25: Das traditionalistisch-sozialistische Einstellungspotenzial bei männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Mitglied: Mann	17	31
Mitglied: Frau	28	39
Nicht-Mitglied: Mann	11	21
Nicht-Mitglied: Frau	19	34

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: In Berlin zählen 17 Prozent der männlichen und 28 Prozent der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder zum traditionalistisch-sozialistischen Einstellungspotenzial.

Tabelle 26: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin - Brandenburg 1998, 2000 und 2002 (%)						
	Berlin			Brandenburg		
	Insges.	West	Ost	Insges.	EVR	ÄER
1998	11	12	11	19	*	*
2000	12	11	12	21	21	22
2002	10	8	12	24	19	27

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 1998: n=3186, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.

Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum.

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

* Keine Angabe verfügbar.

Tabelle 27: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2000 und 2002 (%)						
	Berlin			Brandenburg		
	Insges.	West	Ost	Insges.	EVR	ÄER
2000	16	20	10	21	26	19
2002	11	7	17	28	15	33

Wahlberechtigte Bevölkerung, Mai/Juni 1998: n=3186, Mai/Juni 2000: n=1850; März/April 2002: n=1906.

Datenquelle: forsa.

EVR = Engerer Verflechtungsraum.

ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Tabelle 28: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei zufriedenen und kritischen Gewerkschaftsmitgliedern, bei Gewerkschaftssympathisanten sowie bei toleranten und distanzierten Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Zufriedene Mitglieder	10	28
Kritische Mitglieder	12	27
Sympathisanten	10	20
Tolerante	5	26
Distanzierte	11	23

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 29: Das rechtsextreme Einstellungspotenzial bei männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Mitglied: Mann	13	25
Mitglied: Frau	9	31
Nicht-Mitglied: Mann	8	22
Nicht-Mitglied: Frau	10	24

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 30: Das altsozialistisch-rechtsextreme Einstellungspotenzial bei der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern in der Region Berlin - Brandenburg 2002 (%)

Bevölkerung	
Region insgesamt	6
Berlin	2
West-Berlin	1
Ost-Berlin	4
Brandenburg	10
Engerer Verflechtungsraum	8
Äußerer Entwicklungsraum	12
Gewerkschaftsmitglieder	
Region insgesamt	10
Berlin	2
Brandenburg	18

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 31: Das altsozialistisch-rechtsextreme Einstellungspotenzial bei männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Mitglied: Mann	0	16
Mitglied: Frau	*4	20
Nicht-Mitglied: Mann	*1	8
Nicht-Mitglied: Frau	3	10

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

* Geringe Fallzahlen.

Tabelle 32: Demokratiezufriedenheit in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)				
	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Bevölkerung				
Zufrieden	44	30	25	27
Politikverdrossen	40	44	41	37
Demokratieverdrossen	16	26	34	36
Gewerkschaftsmitglieder				
Zufrieden	39	24	23	28
Politikverdrossen	41	45	41	23
Demokratieverdrossen	20	31	36	49

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.
 EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Tabelle 33: Demokratieverdrossenheit bei zufriedenen und kritischen Gewerkschaftsmitgliedern, bei Gewerkschaftssympathisanten sowie bei toleranten und distanzierten Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)		
	Berlin	Brandenburg
Zufriedene Mitglieder	19	38
Kritische Mitglieder	29	51
Sympathisanten	17	34
Tolerante	21	39
Distanzierte	20	33

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 34: Demokratieverdrossenheit bei männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Mitglied: Mann	20	38
Mitglied: Frau	30	53
Nicht-Mitglied: Mann	18	29
Nicht-Mitglied: Frau	23	40

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 35: Demokratieverdrossenheit bei rechtsextrem und bei traditionalistisch-sozialistisch eingestellten männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Region Berlin - Brandenburg 2002 (%)

	Rechtsextremismus	Trad. Sozialismus
Mitglied: Mann	36	35
Mitglied: Frau	62	59
Nicht-Mitglied: Mann	49	32
Nicht-Mitglied: Frau	43	45

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: Von den rechtsextrem eingestellten männlichen Gewerkschaftsmitgliedern sind 36 Prozent demokratieverdrossen, bei den rechtsextremen weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern beträgt der Anteil der Demokratieverdrossenen sogar 62 Prozent.

Tabelle 36: Zufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

In unserer Gesellschaftsordnung geht es zu...	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Bevölkerung				
Eher gerecht	34	20	15	14
Teils-teils	22	26	22	20
Eher ungerecht	44	54	63	66
Gewerkschaftsmitglieder				
Eher gerecht	30	11	9	13
Teils-teils	21	27	20	15
Eher ungerecht	49	62	71	72

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.
 EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Tabelle 37: Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung^{a)} bei zufriedenen und kritischen Gewerkschaftsmitgliedern, bei Gewerkschaftsympathisanten sowie bei toleranten und distanzierenden Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Zufriedene Mitglieder	44	70
Kritische Mitglieder	61	74
Sympathisanten	43	56
Tolerante	47	72
Distanzierte	48	62

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Gesellschaftsordnung eher ungerecht.

Tabelle 38: Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung^{a)} bei männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Mitglied: Mann	47	78
Mitglied: Frau	60	65
Nicht-Mitglied: Mann	40	59
Nicht-Mitglied: Frau	53	69

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Gesellschaftsordnung eher ungerecht.

Tabelle 39: Unzufriedenheit mit der Gesellschaftsordnung^{a)} bei rechtsextrem und bei traditionalistisch-sozialistisch eingestellten männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Region Berlin - Brandenburg 2002 (%)

	Rechtsextremismus	Trad. Sozialismus
Mitglied: Mann	85	86
Mitglied: Frau	68	76
Nicht-Mitglied: Mann	71	71
Nicht-Mitglied: Frau	68	74

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Gesellschaftsordnung eher ungerecht.

Lesebeispiel: Von den rechtsextrem eingestellten männlichen Gewerkschaftsmitgliedern sind 85 Prozent mit der Gesellschaftsordnung unzufrieden, bei den rechtsextremen weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern beträgt der Anteil der Unzufriedenen 68 Prozent.

Tabelle 40: Wirtschaftliche Zukunftsaussichten in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

Die wirtschaftlichen Verhältnisse hier in Berlin/Brandenburg werden sich in den kommenden Jahren...	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Bevölkerung				
Verbessern	35	39	54	43
Gleich bleiben	12	15	15	22
Verschlechtern	53	46	31	35
Gewerkschaftsmitglieder				
Verbessern	31	38	51	43
Gleich bleiben	11	13	21	21
Verschlechtern	58	49	28	36

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.
 EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Tabelle 41: Wirtschaftlicher Zukunftspessimismus^{a)} bei zufriedenen und kritischen Gewerkschaftsmitgliedern, bei Gewerkschaftsympathisanten sowie bei toleranten und distanzierten Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Zufriedene Mitglieder	46	30
Kritische Mitglieder	61	38
Sympathisanten	48	31
Tolerante	46	29
Distanzierte	52	36

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Wirtschaftliche Verhältnisse werden sich verschlechtern.

Tabelle 42: Wirtschaftlicher Zukunftspessimismus^{a)} bei männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)		
	Berlin	Brandenburg
Mitglied: Mann	49	26
Mitglied: Frau	61	41
Nicht-Mitglied: Mann	47	27
Nicht-Mitglied: Frau	52	39

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Wirtschaftliche Verhältnisse werden sich verschlechtern.

Tabelle 43: Wirtschaftlicher Zukunftspessimismus^{a)} bei rechtsextrem und bei traditionalistisch-sozialistisch eingestellten männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Region Berlin - Brandenburg 2002 (%)		
	Rechtsextremismus	Trad. Sozialismus
Mitglied: Mann	44	41
Mitglied: Frau	43	43
Nicht-Mitglied: Mann	30	31
Nicht-Mitglied: Frau	49	45

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

a) Wirtschaftliche Verhältnisse werden sich verschlechtern.

Lesebeispiel: Von den rechtsextrem eingestellten männlichen Gewerkschaftsmitgliedern glauben 44 Prozent, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den kommenden Jahren verschlechtern werden, von den rechtsextremen weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern glauben das 43 Prozent.

Tabelle 44: Relative Deprivation in der Bevölkerung und bei Gewerkschaftsmitgliedern in den Untersuchungsgebieten der Region Berlin – Brandenburg 2002 (Spaltenprozent)

	Berlin		Brandenburg	
	West	Ost	EVR	ÄER
Bevölkerung				
Ja	15	25	23	34
Teils-teils	66	61	69	60
Nein	19	14	8	6
Gewerkschaftsmitglieder				
Ja	14	27	20	41
Teils-teils	66	65	74	56
Nein	20	8	6	3

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.
EVR = Engerer Verflechtungsraum; ÄER = Äußerer Entwicklungsraum.

Tabelle 45: Relative Deprivation bei zufriedenen und kritischen Gewerkschaftsmitgliedern, bei Gewerkschaftssympathisanten sowie bei toleranten und distanzierten Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)

	Berlin	Brandenburg
Zufriedene Mitglieder	20	30
Kritische Mitglieder	19	37
Sympathisanten	19	27
Tolerante	24	32
Distanzierte	17	29

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 46: Relative Deprivation bei männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Berlin und Brandenburg 2002 (%)		
	Berlin	Brandenburg
Mitglied: Mann	18	30
Mitglied: Frau	21	39
Nicht-Mitglied: Mann	19	26
Nicht-Mitglied: Frau	20	33

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Tabelle 47: Relative Deprivation bei rechtsextrem und bei traditionalistisch-sozialistisch eingestellten männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern in der Region Berlin - Brandenburg 2002 (%)		
	Rechtsextremismus	Trad. Sozialismus
Mitglied: Mann	39	43
Mitglied: Frau	60	46
Nicht-Mitglied: Mann	34	45
Nicht-Mitglied: Frau	42	42

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Lesebeispiel: Von den rechtsextrem eingestellten männlichen Gewerkschaftsmitgliedern halten sich 39 Prozent gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen für benachteiligt, bei den rechtsextremen weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern beträgt der Anteil der relativ Deprivierten 60 Prozent.

Tabelle 48: Ausgewählte Einstellungen der Bevölkerung und der Gewerkschaftsmitglieder in der Region insgesamt, in Berlin und Brandenburg 2002 (%)				
		Berlin	Brandenburg	Insgesamt
Selbsteinstufung: Links	Bevölkerung	30	24	27
	Mitglieder	37	25	31
	Mitglied: Frau	35	36	35
	Mitglied: Mann	40	16	27
Traditionalistisch- sozialistische Einstellungen	Bevölkerung	16	29	22
	Mitglieder	22	35	28
	Mitglied: Frau	28	39	33
	Mitglied: Mann	17	31	24
Rechtsextreme Einstellungen	Bevölkerung	10	24	16
	Mitglieder	11	28	19
	Mitglied: Frau	9	31	20
	Mitglied: Mann	13	25	18
Altsozialistisch- rechtsextreme Einstellungen	Bevölkerung	2	10	6
	Mitglieder	2	18	10
	Mitglied: Frau	*4	20	12
	Mitglied: Mann	0	16	8
Demokratie- verdrossenheit	Bevölkerung	21	37	28
	Mitglieder	25	45	35
	Mitglied: Frau	30	53	41
	Mitglied: Mann	20	38	29
Unzufriedenheit mit der Gesell- schaftsordnung	Bevölkerung	48	65	56
	Mitglieder	54	72	63
	Mitglied: Frau	60	65	63
	Mitglied: Mann	47	78	62
Wirtschaftlicher Zukunftspessi- mismus	Bevölkerung	50	33	43
	Mitglieder	54	33	44
	Mitglied: Frau	61	41	50
	Mitglied: Mann	49	26	37
Relative Deprivation	Bevölkerung	19	30	24
	Mitglieder	20	34	27
	Mitglied: Frau	21	39	31
	Mitglied: Mann	18	30	23

Tabelle 49: Ausgewählte Einstellungen der Gewerkschaftsmitglieder in der Region insgesamt, in Berlin und Brandenburg: Prozentuale Abweichungen vom Bevölkerungsdurchschnitt 2002				
		Berlin	Brandenburg	Insgesamt
Selbsteinstufung: Links	Mitglieder	23	4	15
	Mitglied: Frau	17	50	30
	Mitglied: Mann	33	-33	0
Traditionalistisch- sozialistische Einstellungen	Mitglieder	38	21	27
	Mitglied: Frau	75	34	50
	Mitglied: Mann	6	7	9
Rechtsextreme Einstellungen	Mitglieder	10	17	19
	Mitglied: Frau	-10	29	25
	Mitglied: Mann	30	4	13
Altsozialistisch- rechtsextreme Einstellungen	Mitglieder	0	80	67
	Mitglied: Frau	100	100	100
	Mitglied: Mann	-100	60	33
Demokratie- verdrossenheit	Mitglieder	19	22	25
	Mitglied: Frau	43	43	46
	Mitglied: Mann	-5	3	4
Unzufriedenheit mit der Gesell- schaftsordnung	Mitglieder	13	11	13
	Mitglied: Frau	25	0	13
	Mitglied: Mann	-2	20	11
Wirtschaftlicher Zukunftspessi- mismus	Mitglieder	8	0	2
	Mitglied: Frau	22	24	16
	Mitglied: Mann	-2	-21	-14
Relative Deprivation	Mitglieder	5	13	13
	Mitglied: Frau	11	30	29
	Mitglied: Mann	-5	0	-4

Wahlberechtigte Bevölkerung, März/April 2002; n=1906; Datenquelle: forsa.

Lesehilfe: Aus Tabelle 48 ist ersichtlich, dass sich in Berlin 30 Prozent der Bevölkerung und 37 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder links einstufen. Der Unterschied beträgt mithin 7 Prozentpunkte. Dabei handelt es sich um die **absolute** Abweichung vom Ausgangswert. Nun haben identische absolute Abweichungen von unterschiedlich großen Ausgangswerten auch eine unterschiedliche Bedeutung: Bei einem Ausgangswert von 70 hat die absolute Abweichung von 7 eine geringere Bedeutung als von dem Ausgangswert 35. Um Vergleichbarkeit der Abweichungen zu gewährleisten, wird die **relative** bzw. **prozentuale** Abweichung berechnet. Wenn der Anteil der linken Gewerkschaftsmitglieder 7 Prozentpunkte über dem der Linken in der Bevölkerung (30%) liegt, beträgt der relative Abstand 23 Prozent (7 sind 23,3% von 30). In Tabelle 49 ist bei den Berliner Gewerkschaftern daher 23 ausgewiesen. Das bedeutet, dass der Anteil der linken Gewerkschafter den der Linken an der Bevölkerung um 23 Prozent übertrifft.